Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1930-1930
1930

27 (5.7.1930)

Visual Library

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatl. für Deutschland 0.80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4.50, f. Österreich S. 1.40 ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber und gesamtverantwortlich: Vitus Heller, Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a. Fernruf Nr. 6015. Postscheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg, Parteikasse 35038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

NR. 27 / 11. JAHRGANG — SAMSTAG, DEN 5. JULI 1930 — EINZELNUMMER 20 PFG.

Der Rhein ist frei – Das Volk versklavt!

Die letzten französischen Truppen haben deutschen Boden verlassen und nun beginnt der Rummel, wie ihn das deutsche Volk immer erleben mußte, wenn es über die tiefsten Dinge, Ursachen und Tatsachen hinweggetäuscht werden sollte. Befreiungsfeiern werden amtlich angeordnet, die ganze bürgerliche Presse schwimmt in Wonne und Jubel, just, wie beim Fahnenhinaushängen bei den vielen „Siegen", mit denen wir uns zu Tode gesiegt haben und man fragt noch verwundert: „Kann das deutsche Volk sich noch gemeinsam freuen?"

Nein, das kann es nicht mehr! Das haben die, die jetzt zum Jubeln auffordern und andere Mächte und Tatsachen ihm gründlich ausgetrieben! Gewiß, man wird sich freuen, daß in der Liquidierung des Krieges von 1914/18 durch den geschichtlichen Werdegang ein weiterer Abschnitt erledigt ist. Und man könnte sich noch reiner darüber freuen, wenn hinter diesem Abschnitt wirklich ein Weg und Marsch in neues Morgenrot liegen würde!

Aber das ist es ja nicht!

Die Truppen räumen das Gebiet nicht unter dem Druck von Bajonetten und Kanonen, auch nicht aus einem großen Versöhnungsglauben und dem großen Ethos sittlicher Menschheitsgerechtigkeit heraus, die eine neue Welt aufbauen will, in der das Tierische und Barbarische der Menschheit zurückgedrängt und das Sittliche, Göttliche zum Triumphe geführt werden soll, sondern die Truppen ziehen auf Befehl des internationalen Finanzkapitals, das dafür im Haag durch die Youngplanabschlüsse gut bezahlt wurde.

Es ist an diesem Tage der Rheinlandbefreiung noch einmal an der Zeit, in die schön gedrechselten Reden der Brüning, Dr. Wirth, Curtius, Treviranus, in die von Geschichtswahrheit nicht getrübten höheren Töchterschulreden von Professoren bei allen amtlich befohlenen Schulfeiern, in die Schönfärberei jener Presse, von der einmal Dr. Ude sagte, sie sei „die Hure der öffentlichen Meinung", einige Tatsachen geschichtlicher Wahrheit reden zu lassen. (In feiner Form und wahrheitsgemäß hat ein einziges Zentrumsblatt das getan, die RMV. zu Frankfurt.)

10 Millionen Tote, 195 Millionen und 554 000 Verwundete waren die Opfer der internationalen Hochfinanz, der Finanzherren Englands, Frankreichs, Deutschlands, Amerikas, Rußlands und einer Herrschaftsdespotie des unfähigen Monarchismus, wie einer mächtigen Militärkamarilla in allen Staaten im Weltkriege 1914/18. Die Welt war der Schauplatz von Bestien in Menschengestalt geworden. Für einen Dreck, nein, für die Profite einiger nationaler und internationaler Schieber und Wucherer mußten die Millionen bluten, degenerieren und mußte das Gift jeglicher Degeneration in die Zukunft der Völker heimgetragen werden. Die Menschheit, die Sittlichkeit schrie auf in gräßlichem Weh. „Schaffen wir eine neue Welt, ein neues Europa, ein neues Volk!"

In den Massen war Hoffnung, Wille, Glaube! Die Jugend rief zu neuem Leben, neuem Menschwerden! Zurück zu den Urgründen alles Seins! Aber die Führer versagten, verkauften sich weiter und die Hochfinanz triumphierte!

Es kam der Versailler Vertrag. Er war der erste Schlag in diesen Glauben, dieses Wollen, dieses Hoffen! Ein Diktat, kein Vertrag! Unterdrückung! Nicht Aussöhnung! Gewalt, nicht Gerechtigkeit! Neuer Krieg, neue Verhetzung, nicht Versöhnung und Friede! Deutschland soll die Alleinschuld haben. Poincarés himmelhohe Schuld, der Russen Schuld, Englands und Amerikas Geldblutschuld sah man nicht. Im deutschen Volke aber sah man nicht, wie weit seine alten Mächte die Mitschuld hatten, wie Maulaufreißen, Säbelrasseln Wilhelms, die dumme Politik seit Bismarcks Abgang, das Einsetzen für Österreichs unqualifizierbares Vorgehen gegen Serbien, die tollpatschige Kriegserklärung an Frankreich, der durch nichts zu rechtfertigende Überfall Belgiens, der tolle U-Seebootkrieg, die falsche Politik gegenüber Italien, Kriegsschuld und Zusammenbruchsschuld auf dem Gewissen haben.

Besatzung kam . . Wir mußten zahlen! Die Industrieherren aber, die die hohen Kriegsgewinne eingestrichen hatten, wollten nicht zahlen. Vor dem Ruhreinbruch sagte Dr. Wirth, damals Reichskanzler, aus einer Sitzung dieser Herren kommend: „Die Kerls wollen nicht einen Pfennig auf dem Altar des Vaterlandes opfern"! Sie opferten nichts! Der Ruhreinbruch kam. Das Ruhrvolk hatte schauderhafte Zeiten! Es wurde zu Paaren getrieben! Es mußte passiven Widerstand machen, während die Ruhrherren Kohlen lieferten und zu ihrem glänzenden Geschäft noch 700 Millionen aus der Reichskasse bezahlt bekamen. Die Inflation in ihrer Fortführung wurde beschlossen. Man wollte die Schulden abladen. Man beraubte das eigene Volk, schuf einen Zustand, an dem es noch heute krankt, machte es kaufkraftarm und ermöglichte es den großen Schiebern, den Millionenraub aus den breiten Volksmassen zu verschieben. Heute sind 10 Milliarden im Auslande! Die Herren Dr. Marx und Emminger machten in ihrem Ermächtigungsgesetz jene dritte Steuernotverordnung, welche den Raub sanktionierte, und es kam jene Aufwertung, die das Maß vollmachte. Die Folge war, daß die Entente ihre Forderungen erhöhte und durchsetzte bis zum Youngplan, immer mit dem Hinweise, daß ja „Deutschland schuldenfrei sei!"

Es kamen noch andere, politische Entwickelungen und Winkelzüge!

Wie patriotisch gebärden sich heute die zentrümlichen Zeitungen und die Blätter der BVP.! Wie schreibt sogar ein Pfälzer Dr. Bayersdörfer deutschnationale Artikel in

Regierung ohne Volk.

Der Sozialdemokrat **Keil** führt den Nachweis, daß Brüning bewußt die Regierung Müller gestürzt habe, um Kanzler zu werden.

Brünings Regierung aber war bisher trostloser als die von ihm gestürzte Regierung Müller. Nach dem Mißerfolg **Moldenhauers** hat nun der Demokrat **Dietrich** das Finanzministerium übernommen. Sein **Finanzplan** liegt vor.

Wir erkennen positiv an, daß er etwas besser ist, als der von Moldenhauer. Er trennt beim Notopfer wenigstens die alleruntersten Schichten ab. Er bringt auch 100 Millionen Streichungen am Etat.

Aber wir müssen auch sagen, daß auch sein Finanzprogramm **Flickschusterei ist.** Damit kommt man dem gewaltigen Problem: **Arbeitslosigkeit,** wie **Überlastung des Etats,** aller Etats, sowohl der **Länder,** als der **Gemeinden,** nicht bei. Wenn man z. B. bedenkt, daß eine Stadt wie Dortmund, wegen der hohen Wohlfahrtslasten etc. **über 40 Millionen Defizit** hat, wie alle Städte ihre Etats nicht mehr balancieren können, wie die Wohlfahrtsetats herabgesetzt werden und im Winter eine Arbeitslosigkeit kommen wird, von deren Auswirkung man noch keine rechte Ahnung zu haben scheint, ist das alles erbärmliche Flickschusterei. Auch der Preisabbau Stegerwalds, der nichts praktisch wird, als ein neuer Raubzug auf die Taschen der unteren Arbeitermassen, als eine Lohnherabsetzung. Das Unternehmertum, viel besser gesagt, die Großwucherer der Dividenden, werden niemals einen höheren Preisabbau herbeiführen, als sie an Löhnen kürzen können. Soviel einfachste Bauernweisheit sollte ein alter Gewerkschaftler wie Stegerwald haben. Die Forderung: **Mehr Preisabbau als Lohnabbau,** ist eine sehr schöne **Utopie, die der Kapitalismus niemals verwirklicht!**

Wir glauben innerhalb des kapitalistischen Staates **überhaupt nicht** an eine **gerechte Lösung der Finanzfragen,** oder eine **gerechte Verteilung der Steuern und Lasten!**

Wenn aber auch der **heutige** Staat **etwas** tun wollte, was wenigstens gerechter und durchgreifender wäre, als diese gesamte Flickschusterei — in wieviel Monaten braucht Dietrich neue Millionen? — dann seien nur **einige Maßnahmen** genannt. Und zwar auch dessentwegen, weil **Stegerwald** in der Zentrumspresse sagt: „Niemand wisse bessere Vorschläge!" Wir glauben schon „bessere" dargelegt zu haben. Wir wollen wieder einige herausheben:

1. Man suche nicht nach **neuen Steuern,** sondern **setze die Ausgaben herab.** Wenn Stegerwald natürlich sagt: „Am Wehretat ist nicht zu rütteln", dann hört die Weisheit und hören praktische Vorschläge auf. Da steht eine Geisteswelt gegen die andere! Wir sagen: Man **kann** nicht nur streichen, sondern man **muß** streichen, einmal um **Sauberkeit** in den Wehretat zu bringen, die Millionenverschwendung in der Reichswehr einzudämmen in dieser Notzeit, dann aber, weil wir diese Rüstung **so überflüssig und schädlich** halten, wie einen Kropf! Hätte man die Jahre seit 1920 die Millionen für Siedlungen, Wohnungsbau, volkliche Aufartung verwendet, die der Wehretat verschlungen hat! Stegerwald, wie stünde es ganz anders in Deutschland! **200 Millionen können gut am Wehretat gestrichen werden,** ohne daß eine „Sicherheit" des deutschen Volkes leidet. Im Gegenteil, sie wird durch diese Millionen nur **gefährdet!**

2. Statt all der Flickschusterei mit dem **Notopfer der Festbesoldeten,** womit man den **letzten Briefträger** in Harnisch bringt, genügte **eine einzige Maßnahme,** um das zu erreichen, was auf dem Gebiete der Gehaltszahlungen und Pensionen nötig ist: **Jedes Gehalt über 1200 Mark und jede Pension über 600 Mark im Monat wird gestrichen!** Auch Stegerwald wird zugeben müssen, daß **damit** die **Reichs, Landes-, Gemeindekassen gewaltig entlastet** würden, u. daß man **keinen kleinen und mittleren Beamten in seiner Lebensgrundlage trifft!**

3. Eine Steuer von denen, die in den **freien Berufen hohe Einkommen** haben, die man nur durch eine **Erhöhung der oberen Einkommen ermöglichen kann.** Warum packt man hier nicht an? Warum niemals oben?

4. Ein **Bierhandelsmonopol** z. B. an Stelle der heutigen **Biersteuer,** die nur die **Biertrinker und gersteneerzeugenden Bauern** trifft, würde nicht **200 Millionen dem Staate und 500 Millionen dem Braukapital** einbringen, sondern **dem Staate eine Milliarde!** Das **Braukapital,** das **am meisten in Gewinn und Geld schwimmt von allen Industrien Deutschlands,** kann das nicht nur tragen, sondern **müßte** aus **allen Gründen** stark dazu herangezogen werden.

Ein Parlament des schaffenden Volkes bräuchte über solche Forderungen keine zwei Tage zu beraten. Für ein solches Parlament und eine solche Regierung wären das **Selbstverständlichkeiten!**

Die jetzige **Stellung,** das **jetzige Parlament** aber hat nur **Angst vor der Reichstagsauflösung!** Diese Angst bräuchte man nicht zu haben, wenn man wüßte, daß man **das Volk** hinter sich habe. So aber weiß man, daß die **Mehrheit des Volkes heute nicht hinter diesem Parlamente, hinter diesen Politikern und dieser Regierung** steht, eine **Regierung ohne Volk.** Man kann diesen Prozeß noch künstlich mit der Macht hinausziehen. Aufhalten kann man ihn nicht.

Für die CSRP. gilt es, im Volke unten die neue Macht zu bilden. Wir sehen **den** Tag kommen, wo über unser deutsches Volk **die offene Katastrophe** hereinbricht, wo dieses Volk, innerlich zwischen Faschismus und Kommunismus zerrissen, wieder keine Klarheit und keine Führung hat. Und für **diesen** Tag haben wir das Volk zu rüsten! V. H.

Christlich-Soziale Reichspartei
Ortsgruppe Mannheim

Christlicher Sozialismus
gegen
Verrat und Irreführung
der schaffenden Stände!

hierüber spricht:

Reichsparteiführer Vitus Heller
Würzburg

Samstag, 5. Juli 1930, abends 8 Uhr
im großen Saal des Alten Rathauses Mannheim, Marktplatz, F 1

Eintritt: RM. —.30
Für Erwerbslose und Schwerkriegsbeschädigte RM. —.10

AUS DEM INHALT:

Wie das Deutsche Reich sich selbst um seinen Kredit bringt — Ist es nicht genug? — Stegerwalds Verschlechterung der Krankenversicherung — Katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftspolitik — Vier von der Infanterie (Schluß) — Lukanga Mukara — Der Faschismus und die Bauernbewegung — An die vom Staat — Aus der Bewegung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wochenschau

Zum **Reichsfinanzminister** wurde der bisherige Reichswirtschaftsminister Dietrich ernannt. Das Moldenhauersche Notopfer läßt er fallen, dafür beabsichtigt er aber, eine zehnprozentige Erhöhung der Einkommensteuer und eine Erhöhung der Zehrsteuer einzuführen.

Das Deutsche Reich hat seit 1918 bis 1930 an **Besatzungskosten 6,6 Milliarden Mark** gezahlt.

Die deutschen Ärzte und Apotheker erheben gegen die geplante **Krankenkassenversicherungsreform** schärfsten Einspruch. Bekanntlich soll nach dieser Reform der Patient eine Mark für den Krankenschein und einen Teil der Arzneikosten zahlen. Fernerhin soll das Vertrauensärztesystem überall eingeführt werden.

Der **„Rheinische Heimatbund"**, der bisher so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit existierte, entfaltete in letzter Zeit eine rege Tätigkeit und gründete zahlreiche Ortsgruppen. Wie es sich jetzt herausstellt, benützt der verbotene „Stahlhelm" diesen Bund als **Deckfirma** für seine Zwecke.

Das größte kommunale Elektrizitätswerk Deutschlands, die **Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens**, sind der Privatwirtschaft in die Hände gefallen. Ein Bankkonsortium übernimmt gegen einen Kredit von 66 Millionen Mark die Hälfte der Aktien. Gleichzeitig besetzt es 10 von den 20 Aufsichtsratsposten.

Am Samstag hat die **Rheinlandkommission** in Wiesbaden ihre letzte Sitzung abgehalten. Das Rheinland ist von der Besatzung frei. An Befreiungsfeiern hat man es nicht fehlen lassen.

In der **Klageschrift der thüringischen Regierung** an den Staatsgerichtshof gegen das Reich wegen Sperrung der Polizeizuschüsse wird zum Ausdruck gebracht, daß, wenn das Reich die Weiterzahlungen nicht sofort wieder aufnimmt, man sich genötigt sehe, die kündbaren Polizeibeamten zu entlassen und den Polizeischutz von nichtbeamteten Staatsbürgern gemäß Art. 133 der Reichsverfassung ausführen zu lassen. — Das gäbe in Thüringen über Nacht ein nationalsozialistisches Milizheer.

Der **preußische Innenminister** hat in Hannover einen Kriminalsekretär seines Amtes enthoben weil er in der Öffentlichkeit sehr lebhaft für die nationalsozialistische Arbeiterpartei eintrat. — Wenn schon, denn schon! In der deutschen Beamtenschaft gibt es ganze Nester solcher staatsfeindlicher Elemente.

Im Saalbau Friedrichsheim im Osten Berlins kam es auf einer großen öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten, die stark von Kommunisten besetzt war, zu einem schweren Zusammenstoß, wo beide Kämpfende mit Biergläsern und Stuhlbeinen aufeinander losgingen. Es gab über 50 meist schwer Verletzte. Einem 500 Mann **starken** Polizeiaufgebot gelang es nur mit Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Der Saalbau war nur noch ein großes Trümmerfeld.

Die **Tuberkel-Impfungen im Lübecker Säuglingsheim**, die schon 41 Todesopfer gefordert hatten, sind nicht mit der Calmette'schen Riodertuberkelkultur vorgenommen worden, sondern mit ganz gewöhnlichen Tuberkelkulturen, die dann die verheerenden Wirkungen erzeugten. Die Eltern haben gegen die verantwortlichen Ärzte ein Strafverfahren eingeleitet.

In der **nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie** ist den etwa 30 000 Angestellten gekündigt worden zwecks Kürzung der Löhne um 7½ Prozent. Gekürzt werden nur die über Tarif gezahlten Gehälter bis zu den leitenden Persönlichkeiten hinauf.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der **Arbeitslosenversicherung** betrug am 15. Juni 1 505 804. In der Krisenunterstützung 351 984, das sind 900 000 Arbeitslose mehr wie im Vorjahr. Bei den Arbeitsämtern sind rund 2,7 Millionen Arbeitssuchende eingetragen.

Der **preußische Etat** ist trotz der Obstruktion mit 330 gegen 9 Stimmen verabschiedet worden. Eine Nichtannahme des Etats hätte die Auflösung des Landtages zur Folge gehabt. — Der Landtag hat sich bis zum 6. Oktober vertagt.

*

Der **amerikanische Senatsausschuß** hat mit 16 gegen 4 Stimmen den Londoner Flottenpakt angenommen.

Das **deutsch-amerikanische Schuldenabkommen** ist vom deutschen Botschafter und vom amerikanischen Schatzamtssekretär in Washington unterzeichnet worden.

In **Moskau** wurde der **16. Parteitag der kommunistischen Partei** durch eine Begrüßungsrede Kalinins eröffnet. Im Ehrenpräsidium war der deutsche Kommunist Thälmann vertreten.

In **Bolivien** ist eine Revolution ausgebrochen, die sich mit Erfolg durchsetzen konnte. Viele wichtige Städte einschließlich der Hauptstadt wurden von den Revolutionären besetzt, die auch die Regierungsgewalt in die Hände nahm.

In **Sevilla** (Spanien) wurde bei einer Demonstration ein Arbeiter von der Polizei getötet. Daraufhin wurde der Generalstreik proklamiert, an dem sich etwa 40 000 Arbeiter beteiligten. Die Streikbewegung nimmt einen revolutionären Charakter an und droht sich über ganz Spanien auszudehnen. Zwischen Polizei und Streikenden kam es zu Zusammenstößen, wobei es Tote, Verletzte und Gefangene gab.

Die **chinesischen Armeen**, sowohl die der Regierung wie auch die der Nordgeneräle, können vor Erschöpfung nicht mehr weiterkämpfen und fordern energisch den Frieden. Die Friedensverhandlungen sollen in Mukden stattfinden.

In den **Vereinigten Staaten** wird die Zahl der Arbeitslosen auf 3,6 Millionen geschätzt.

Italien hat seine Rüstungsausgaben um eine halbe Milliarde Lire erhöht. Die Mittel sollen durch Erhöhung der Börsenumsatzsteuer aufgebracht werden. — Mussolini holt wenigstens das Geld für seine Kriegsspielerei dort, wo es übrig ist. In Deutschland nimmt man es von den Wöchnerinnen und Invaliden.

In dem **indischen Zentralgefängnis von Rangoon** versuchten die dort untergebrachten Inder und Burmesen einen gemeinsamen Ausbruch. 4 Wärter und Polizisten wurden getötet und 11 verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer der Gefangenen, tötete 40 und verletzte 60. — Der zweite Teil des Simon-Berichtes ist herausgegeben und findet in Indien durchweg ablehnende Aufnahme. Viele Inder haben ihn einfach verbrannt.

In der Nähe von **Brockville in Kanada** wurde ein mit 20 Tonnen Dynamit beladener Bagger auf dem St. Lorenz-Strom vom Blitz getroffen. Durch die Explosion wurde der Bagger völlig zerstört. Von den 42 auf dem Bagger befindlichen Personen wurden 31 getötet. Die Überlebenden wurden in schwer verletztem Zustand aufgefischt.

der BVP.-Presse. Wisser und Kenner wenden sich ekelnd ab.

Wir aber wollen, um die **geschichtliche Wahrheit** nie verdunkeln zu lassen, registrieren:

„Am 27. Sept. 1918 schon telegraphierte **der deutsche Gesandte in Bern** nach Berlin: Besonders schädlich scheint die Nachricht bei der Entente gewirkt zu haben, wonach im **Bundesrat von Bayern** die Abdankung des Kaisers gefordert worden sei. Es wird sogar behauptet, **daß Bayern** sich unter Umständen **von der Reichspolitik lossagen würde.** Von zwei verschiedenen Seiten wird mir mitgeteilt, daß in der Entente mit Bayerns Sonderbestrebungen ernsthaft gerechnet wird."

Am 29. Okt. 1918 erklärte **Dr. Held** den liberalen Abgeordneten **Quidde und Hammerschmitt** und anderen Abgeordneten in der bayerischen Kammer: „Für den Friedensschluß plane man seitens der Entente **die Bildung eines Pufferstaates** von Basel bis nach Belgien, bestehend aus **Elsaß, der Pfalz, den linksrheinischen Teilen von Hessen und der Rheinprovinz, Luxemburg usw.** Dazu werde man die zeitweilige Verfügung über die Ruhrbergwerke fordern . . . **Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preußens knüpfen.** Es würde sich die Frage ergeben, ob sich **die süddeutschen Staaten mit Österreich zusammenschließen sollten.**" Dr. Quidde in der Voss. Ztg. 8. Mai 1926.)

Im Dezember 1918 brachte **Dr. Heim** im „Bayer. Kurier" einen Artikel, der ebenfalls Gedankenzüge dieser Art aufstellte.

Die RMV. weist auf Grund von Dokumenten nach, daß die **verantwortliche französische Politik nie** an eine **Annexion der Rheinlande** und der **Pfalz** gedacht hatte, daß sogar **Clemenceau** dagegen war, wie auch **Poincaré** selber, noch mehr **Briand.** Nur die **Militärs** hatten solche Pläne! Frankreich war beherrscht von zwei Gedanken: Dem der Angts, der Sicherheit gegenüber deutscher Revanche und eines **Pfandes für die Zahlungen!**

Die Zeit des kommenden **Separatismus** lag in Kreisen **deutscher Politik selber!** Im Rheinland begann sofort die Bewegung zur Freiheit der Rheinlande als autonomes Rheinland! **Die ganze rheinische Zentrumspartei** setzte sich dafür ein. Von Frankreich wollte man für diesen Dienst zwei Bischofssitze herausschlagen: Aachen und Saarbrücken. Die **„Köln. Volkszeitung"**, das **Wiesbadener, Koblenzer Zentrumsorgan, das rheinische Sekretariat der Zentrumspartei,** aber auch **Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volksparteiler** setzten sich für das „freie Rheinland" ein. Die Bewegung **Dr. Dorten** und später **Matthes,** wie die Bewegung der **Separatisten in der Pfalz** unter **Heinz Orbis konnten nur kommen, weil vorher diese Politiker, Führer und Zeitungen geistig vorbereitet hatten.** Es war sehr interessant, daß die **meisten Unterführer, Vorgeschobenen und Anhänger der Separatisten in der Pfalz, wie im Rheinlande frühere Anhänger des Zentrums und der BVP. waren. Diese geschichtliche Tatsache kann nie in Abrede gestellt werden. Ohne die damalige Politik des Zentrums und der BVP. wäre ein Separatismus in der Pfalz und im Rheinlande überhaupt nicht möglich gewesen!**

Es kam in Bayern die Gründung der **BVP.** Das „Los vom Zentrum!", als Parole von Dr. Heim ausgegeben, war zugleich ein „Los von Preußen!" In Bayern kam die Gründung der **Bayer. Königspartei** unter Graf **Bothmer** und **Mayer-Koy."** Bereits in der ersten Nr. des Neuen Volk schrieben wir: **„Der Franken rollt in Bayern."** Wir entlarvten die dunklen Machenschaften mit der damaligen Veröffentlichung der „Dokumente Dortens", eine Unterredung Mayer-Koys mit General de Metz u. a., wodurch diese Königspartei erledigt wurde.

Im Rheinlande kam der **Umschwung** im **Zentrum,** als die **Reichsregierung** die Sache als Landesverrat erklärte und als Poincaré erklärt hatte, er schaffe keine „Pfaffengasse am Rhein", und als die zwei Bischofssitze von den Berlinern, den Sozialdemokraten **versprochen** waren!

Die Besatzungszeit brachte zuerst viel Leid der Bevölkerung mit sich. Frankreich schickte schwarze Scharen: Die schwarze Schmach am Rhein! Aber, daß diese Schwarzen **nicht schlechter** sein mußten, als die „Weißen", beweisen jetzt die **amtlichen Ziffern der „Väter" der „Besatzungskinder".**

Nach diesen Ziffern sind die meisten „Väter" **Amerikaner,** dann kommen die **Engländer,** an dritter Stelle die **Franzosen,** und die „Schwarzen" sind in **ganz verschwindender Zahl** aufgeführt.

Später hat sich zwischen den **Menschen** des Besatzungsheeres und der deutschen Bevölkerung ein Verhältnis menschlich guten Einvernehmens herausgebildet. Nun ist das deutsche Land von fremder Besatzung frei, Frankreichs Militaristen und Nationalisten schäumen noch. Obwohl die Besatzung Frankreich mehr **geschadet,** als genutzt hat. **Das deutsche Volk aber in seiner breiten Masse ist nicht frei geworden.** Dieses Volk weiß, daß jede **imperialistische Politik** mit der **kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft** und der **internationalen Finanzmacht** zusammenhängt. Dieses Volk weiß, daß der **moderne Krieg** nichts ist, als das blutige, schmutzige Geldgeschäft der internationalen Wuchergesellschaft. Dieses Volk der Arbeiter und Bauern weiß, daß **wirklicher Friede** und ein **wirklich freies Volk** auf freiem Grunde erst wachsen kann, **wenn es befreit ist von seinen Ausbeutern und eine wirkliche Volksgemeinschaft der Schaffenden erkämpft hat. Über dem nationalen Kampf steht der soziale!** Es gibt keine nationale Befreiung, es gibt keine Befreiung von der Menschheitsgeißel Krieg, Invasion, Eroberung, Kolonialpolitik, Völkerzerfleischung, Youngplantributzahlung und Völkerbedrohungen, **ohne die Befreiung des Kapitalismus!** Es gibt keine Volksgemeinschaft und keine Völkergemeinschaft, ohne daß **der furchtbare Störenfried der Völker und Gemeinschaften,** der **Egoismus und Mammonismus** in der wirtschaftlich-sozialen Ausprägung und **alle seine Zwingburgen** gestürmt sind. Und **dieser Befreiungskampf** ist in **allen** Völkern zu führen, innerhalb der einzelnen Völker. Nicht der Franzose und Pole ist des deutschen Bauern und Arbeiter Feind! Nicht der Deutsche ist des französischen, englischen, italienischen, polnischen Arbeiters und Bauern Feind. **Der gemeinsame Feind,** der durch nationalistische Phrasen **getarnt** wird, der heute die Völker in den Krieg hetzt, morgen Schandverträge abschließt, dann Besatzungen hinausschickt und Siegesfeiern, wie Befreiungsfeiern arrangiert, um das Volk über seine wahre Ursache seines Elendes und über den wirklichen, immer hinter den Kulissen stehenden Feind **hinwegzutäuschen, dieser gemeinsame Feind ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen,** ist die egoistische, auf das Recht des größten Geldsacks und größten Besitzes aufgebaute mammonistische Wirtschaft und Gesellschaft, samt Staat und Bildungseinrichtungen und politischen Mächten des **Kapitalismus!** Die Schlacht gegen diesen „Feind" hat nach allen Befreiungsfeiern das deutsche schaffende Volk **noch zu schlagen!** Und zu **diesem großen Befreiungskampf** heißt es aufrufen und beten: „Herr, mache uns frei!" Mache deine Brüder frei, daß sie alle als Brüder leben können, daß sie sich die Erde untertan machen, und herrschen über die Erde und ihre Güter zu ihrer sittlichen Vervollkommnung, zum wahren Menschen- und wahren Volkwerden!

V. H.

Wie das Deutsche Reich sich selbst um seinen Kredit bringt.

Von Rechtsanwalt Dr. Otto Simon, Mannheim.

Während der mit der Kriegsanleihe getriebene Schwindel den davon betroffenen Volkskreisen, es sind wie immer, die Armen und Dummen, noch in ewig währender Erinnerung brennt, wird jetzt schon wieder etwas unternommen, was auf der gleichen Grundlage, des absoluten Vertrauensmißbrauchs, beruht.

Es handelt sich um die angebliche Steuerfreiheit der Reichsanleihe vom Jahre 1929. Um die Dummen zur Zeichnung dieser Anleihe anzulocken, hat der damaligen Reichsfinanzminister Dr. med. Hilferding absolute Steuerfreiheit dieser Reichsanleihe versprochen. Mit dem Versprechen ist es eine andere Sache wie mit dem Halten. Trotz formellster, bündigster, eindeutigster Erklärung der Reichsregierung über die Steuerfreiheit dieser Reichsanleihe ist jetzt in der Praxis, nachdem das Geld in die Kassen geflossen und für Verschwendungen, vor allen Dingen den Etat der Reichswehr, herausgepulvert worden ist, von der Steuerfreiheit nichts mehr zu hören.

Wer sich etwa auf diese offizielle Zusage der Reichsregierung jetzt berufen sollte, dem wird vom Finanzamt etwas gepfiffen werden. Von der Steuerfreiheit für das Jahr 1929, trotz bündigster Zusage der Regierung, ist schon überhaupt keine Rede. Für das Steuerjahr 1930 wird ein Erlaß des Reichsfinanzministers vorbereitet, wonach auf Antrag, man höre wohl, lediglich auf Antrag des Steuerpflichtigen, die feierlichst zugesagte Steuerfreiheit bewilligt werden kann. Es sind eine Reihe von Voraussetzungen für diese Vergünstigung, die an sich ein gesetzlich zugesagtes Recht ist, vorgeschrieben.

Wer die Steuerfreiheit auf Grund der kommenden Verordnung beanspruchen will, muß **nachweisbar** am 1. I. 30 Reichsanleihe im Nennbetrage von mindestens 1000 RM. besessen haben. Die Armen und die Dummen, vergl. Kriegsanleihe, die also keine 1000 RM. im Nennbetrag der angeblich steuerfreien Reichsanleihe aufbringen konnten, fallen an sich schon weg. Und wie der Nachweis verlangt wird, ob sich nicht, vergl. Herrn Stinnes, der gewerbsmäßige Schieber, mit Leichtigkeit diesem Nachweis unterziehen kann, während es für den kleinen Mann schwer oder unmöglich gemacht wird, das wissen wir auch schon zur Genüge. Es ist also System in der Sache. Man macht Zusicherungen, von denen man im voraus schon weiß, daß man nicht daran denkt, sie zu halten. Man spekuliert auf die Dummheit, auf das kurze Gedächtnis, auf die Geistesträgheit der Massen. Diese Spekulation ist leider bisher fast immer, wenigstens in Deutschland, geglückt. Im Ausland ist man allerdings anderer Meinung, man hält einen solchen Staat, der mit Mißbrauch des Vertrauens auf die Pumpversuche geht, in keiner Weise mehr für kreditwürdig. Man hält einen Staat, wie es der Vertreter der Hauptgläubiger, der frühere Reparationsagent, soeben ausgedrückt hat, der niemals die richtigen Unterlagen zur Beurteilung seines Staatshaushaltes liefert, nicht mehr als den Gesetzen eines ehrbaren Kaufmanns unterstehend. Das deutsche Reich hat sich also selbst, zum mindesten im urteilsfähigen Auslande, um seinen Kredit gebracht. Wie es im Inlande damit steht, wird das Resultat der nächsten Anleihen, wenn die Steuerkraft in Bälde völlig ausgepumpt sein wird, erweisen.

Steuerfreiheit für die Raffenden ... Steuerbelastung für die Schaffenden.

Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages zur Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft auf dem Gebiete des Steuerabzugs von Kapitalertragssteuer, der Kapitalverkehrssteuer, der Grunderwerbssteuer, der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung inländischer Aktiengesellschaften, deren Zweck in der Verwaltung, dem Erwerb und der Veräußerung von Aktien, Kuxen, Anteilen oder Genußscheinen anderer Erwerbsgesellschaften oder von Schuldverschreibungen in geringen Posten besteht (Kapitalverwaltungsgesellschaften), steuerliche Erleichterungen zu treffen.

Man beachte demgegenüber nur die neuen Steuerlasten, die dem schaffenden Volke auferlegt werden. Kampf diesem kapitalistischen Steuerstaate muß immer wieder die Parole lauten: Schafft den wirklichen Staat des Volkes!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ist es nicht genug?

Von H. Fromm.

Ist es noch nicht genug? Ist das Maß des Elendes in Deutschland noch nicht voll genug? Diese Fragen drängen sich einem auf, wenn man von den krampfhaften Anstrengungen zur Parteieinigung liest und hört, die trotzdem nicht gelingt und nie gelingen wird, denn sie haben Ohren zu hören, aber sie hören nicht, und sie haben Augen und sehen nicht. Es wird keine Einigung erzielt werden, trotzdem es offenbar ist, daß ausgeparteit ist, daß man Deutschland in die Anarchie hineinparteit. Schon liest man wieder, daß man sich darauf gefaßt machen kann, daß sich im kommenden Winter die Arbeitslosenziffer auf 5 Millionen steigern wird, was an der derzeitigen Zahl gemessen, keine Uebertreibung sein dürfte, leider. Und die Folgen, die Folgen? Muß Deutschland, und mit ihm das deutsche Volk, vollends in den Abgrund fallen, bis endlich Rettung naht? Gibt es denn keine Männer mehr in unserem Deutschland, die einem parteipolitischen Lumpentum den Garaus zu machen imstande sind? Müssen vom deutschen Volke Dreiviertel zu Grunde gehen, muß Clemenceau recht behalten? Muß dies sein, ehe das letzte Viertel aufwacht? Haben wir keine Männer mehr wie solche da waren in Deutschlands größter Not?

Parteien und Gruppen erstehen und wachsen wie das Rohr aus dem Boden, Parteichen entstehen in Parteien, Grüppchen in Gruppen, und sie alle wollen retten, wollen helfen nach ihrer Art, und was tun sie in Wirklichkeit? Sie zerfleischen Deutschland, zerfleischen das deutsche Volk im wahrsten Sinne des Wortes! Sie alle tanzen den Tanz ums goldene Kalb und wenn Deutschland und wenn das ganze deutsche Volk dabei tausendmal zugrunde geht. Kein Vertrauen mehr ist vorhanden, kann nicht mehr vorhanden sein zu einer Regierung, die Führer sein sollte, die die Macht besäße, den Parteien und Parteichen, Gruppen und Grüppchen ein energisches „Halt" zu gebieten. Wo will das hinaus, was soll noch werden, so fragt man sich? Heute wird eine Milliarde bewilligt, morgen fehlen zwei. So ist es doch. Ein Teil der Parteien zieht am Regierungsstrange, der andere reißt dagegen, versucht das Segel zu zerreißen, zu zerbeißen und zu zerkratzen mit erlaubten und unerlaubten Mitteln. Ein kräftiges Donnerwetter müßte einmal zwischen das Parteigerippe fahren, Blitze müßte man schleudern können, um diesem Parteiwirrwarr, diesem Partei-Elend, das Deutschland ins Verderben reißt und schon hineingerissen hat, ein schnelles Ende zu bereiten. Es ekelt einen an, diese verzerrte Parteifratze, wie sie uns jeden Tag aus den Tageszeitungen entgegenstarrt, noch weiter anzusehen.

In dem krampfhaften Versuch, etwas zu tun, liest man schon wieder von der Bildung einer Notgemeinschaft und dergl., Preisabbau und Lohnsenkung. Doch dies hilft gerade so wenig als alles Bisherige. Nicht den Mut hat man, nur davon zu sprechen, nur versteckt kommen die Andeutungen, doch es kommt von selbst, muß ja kommen. Gerade bei den Wirtschaftsführern, die ja auch nur große Titel führen, vermißt man die Initiative, endlich einmal zu sagen, wie der Hase läuft, mit aller Deutlichkeit zu sagen, was uns helfen kann. Sie sagen es aber nicht, trotzdem doch immer auf der Wirtschaft herumgerissen und gepreßt wird.

Preisabbau und Lohnsenkung? War das Experiment nicht schon einmal da? Lohnsenkung und Wirtschaft, jawohl, alles recht, aber wo bleibt denn die „Gehaltssenkung"? Fürchtet man sich so sehr vor diesem Wort, daß es nicht zum Halse heraus will und man es sich nicht traut auszusprechen? Wurde seinerzeit im Reichstag von maßgebender, berufener Seite nicht erklärt, daß für die neue Besoldungsordnung kein Pfennig neue Steuern nötig wären? Hören wir dagegen heute nicht aus „berufenem" Munde, daß die Mehrausgaben infolge der neuen Besoldungsordnung einen großen Teil zum Defizit im Staatshaushalt beitragen? Wo ist die Verantwortung dem Volke gegenüber? Jawohl, alle sollen tragen, soweit sie es können, alle sollen ihr Scherflein zu den Lasten, die uns nun einmal auferlegt sind, beisteuern. Aber ist ein Teil davon befreit, um in wohlgepflegter Ruhe im Genusse eines sicheren, gewissen, unerschütterlichen, überaus hohen Einkommens aus Gehalt oder Pensionen zusehen zu können, wie andere langsam verbluten, wie andere an der Unmöglichkeit, arbeiten und verdienen zu können, geistig, seelisch und dadurch auch physisch zugrunde gehen. Ist das die Absicht unserer heutigen Gesetzgebung des Staates? Fast scheint es so.

Man verstehe recht, verdrehe nicht den Sinn dieser Worte, oder lege sie falsch aus, man verarbeite sie mit **Herz und Hirn** in den Tatsachen entsprechender Objektivität und Unparteilichkeit.

Alle Deutschen sollen, müssen mithelfen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den elender, unfähiger Parteiegoismus hineinschob. Jeder Staatsbeamte soll sein Recht haben und soll es behalten, jedem sein auskömmliches Gehalt, aber wie schon selbst aus Beamtenkreisen Stimmen laut geworden sind, könnten Millionen und Abermillionen gespart werden. Nicht an den Jahresgehältern von 5-, 6-, 7-, 8-, 9000 Mark soll Anstoß genommen werden (damit läßt es sich sicher auch schon ganz gut leben), aber dort, wo es an Summen von 170 000 Mark und darüber herangeht, bei über das Maß gewährten Pensionen, bei den Doppelverdienern, dort können nicht Millionen, sondern Milliarden gespart werden, abgesehen von den übrigen Sparquellen, wo unheimliche Summen eingespart werden könnten. Genau so auch bei der „Wirtschaft", jedem das Seine, aber was darüber ist, ist vom Übel, denn der Zustand, daß das Idiotische über die Intelligenz siegt, ist unhaltbar.

Mit Rücksicht auf das neue Kapitel „Preisabbau und Lohnsenkung" sei erwähnt, daß, wenn nicht alles Hand in Hand geht und strikte, aber auch strikte durchgeführt wird, was bei der heutigen Geisteseinstellung, bei der defekten Moral (siehe Zentrale Berlin, Sklarek usw.) nicht durchführbar ist, dann haben alle die letzten Anstrengungen, diese Zuckungen eines kranken Körpers keinen Wert mehr, viel weniger können sie noch Rettung bringen. Deutschland wird den Weg zum Aufstieg einfach nicht mehr finden und alles Gerede und alles Beraten hat keinen Zweck mehr, das beweisen ja die Tatsachen zur Genüge, der Hebel müßte da angesetzt werden, wo er eben anzusetzen ist.

Wie ist die krasse Wirklichkeit heute? Beinahme jeder, der an der Krippe sitzt und zu sitzen kommt, frißt sich voll, ungeachtet der Not und dem Hunger der Umstehenden. „Uneigennützigkeit", besondere Kennzeichen einer Führernatur, wie wir solche auch bei den Führern aus der Befreiungszeit Deutschlands her kennen, ist heute ein Fremdwort im deutschen Sprachschatz geworden. Mancher wird vielleicht aus naheliegenden Gründen, nicht meiner Meinung sein, aber viele sind es, das weiß ich bestimmt und meinen Widersachern möchte ich sagen, daß es ihnen nicht um Deutschlands Aufstieg geht, sondern daß ihre Vaterlandsliebe auf einem anderen Gebiete zu suchen ist. Theorie und Praxis sind zwei Paar Stiefel und könnten wir von unseren vielen geistigen Laboranten, die, ihre demagogische Weisheit leuchten lassend, alles besser wissen wollen, exportieren, Deutschland hätte die aktivste Außenhandelsbilanz der Welt, und wir hätten in Deutschland selbst bald bessere Zustände.

Alles volksverführerische Feldgeschrei wird nichts mehr nützen, alles wird kommen, auch die Läuterung Deutschlands, wenn es vollends am Boden liegt, wenn die Saat des Partrihaders vollends aufgegangen sein wird, dann wird die heute nicht zu erreichende „Einigkeit" kommen, dann werden mit Gottes Hilfe Deutschland wieder Männer erstehen, wie es solche in Zeiten der Not braucht, und wie ihm in größter Trübsal auch immer wieder erstanden sind: Männer, die frei von Eigennutz, gewissenhaft, die in dem Volke gegenüber verantwortungsvoller Arbeit es wieder emporführen. Dann wird auch in Deutschland wieder eine Epoche ihren Anfang nehmen, von der Goethe sagt: „Alle Epochen, in welchen der Glaube herrscht, sind glänzend, herzerhebend und fruchtbar für Mitwelt und Nachwelt." Zuerst aber muß Deutschland noch tiefer, ganz hinab in den Abgrund, in den es widriges, gewissenloses Parteigezänk hineinführt, vorher wird es nicht besser werden. Vielleicht fordern einmal verantwortungsbewußte Führer Rechenschaft von denen, wenn sie noch vorhanden sind, die berufen waren, „Führer" zu sein, aber versagten.

Ein Trauerspiel.

Auf dem diesjährigen Reichsjugendtreffen des „Deutschen Textilarbeiterverbandes" (am 14. und 15. Juni zu Stuttgart) sprach der englische Kriegsminister Tom Shaw, der zugleich Sekretär der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter ist.

Als er auf das Podium trat, um eine überaus banale, nichtssagende Rede zu halten, wurde er von den Tausenden jungen Textilarbeitern und Arbeiterinnen mit einem minutenlangen, rasenden Jubelsturm begrüßt.

Wie schon angedeutet, ist der Inhalt seiner Rede mit keiner Silbe erwähnenswert, weil er anscheinend eine höllische Angst davor hatte, die heute akuten, internationalen wirtschaftspolitischen Fragen auch nur mit ein paar Worten zu streifen. Umso trauriger und trostloser ist jedoch die Tatsache, daß eine Jugend, die sich prol. und soz. nennt, die Hunderte rote Fahnen in ihren Umzügen mit sich führt, und gegen den Krieg kämpfen soll, ausgerechnet jenem Kriegsminister rasenden Beifall spendet, der just zu dieser selben Stunde seine Tanks und Bombengeschwader nach Indien sendet, um Gandhis Freiheitskampf mit Gewalt niederzuschlagen. Weiß diese „soz." Jugend den gar nihts mehr von den höllischen Waffen des modernen Krieges. Weiß sie z. B. auch nichts von der trostlosen wirtschaftlichen Lage der indischen Textilarbeiter, von der mir vor kurzem ein Indier erzählte. — Kann sie wirklich ein offenes, ehrliches Ja zur englischen Militärpolitik gegen Indien sagen — zur Verhaftung Gandhis. — Wir wissen um die tragische Politik, die die englische Arbeiterpartei zufolge der eigenartigen wirtschaftlichen Struktur Englands inmitten der westeuropäischen, kapitalistischen Staaten gegenüber dem Osten führen muß. Es frägt sich nur, ob es „sozialistisch" ist, wenn deutsche soz. Jugend die militärischen Repräsentanten dieser Politik bejubelt, die einen der größten Sozialisten und Gewaltgegner unserer Zeit verfolgen, um die Millionen hungernder Indier weiter unterdrücken und ausbeuten zu können. Auf alle Fälle hat diese Stuttgarter Tagung wieder einmal bewiesen, wie unkritisch, unrevolutionär und unpolitisch die soz. Jugend ist. Würde diese Jugend wohl auch auf Kommando eines „soz." Kriegsministers in irgendeinem Konfliktfalle die Waffen ergreifen? ! !

Von wem wird Deutschland regiert?

Nach einer Aufstellung des Bundes zur Erneuerung des Reiches, des sogen. Lutherbundes, gibt es in Deutschland 103 amtierende Minister und nicht weniger als 2384 Abgeordnete — ohne Provinzial- und Kreistagsabgeordnete.

Das Reich hat 12 Minister und 491 Reichstagsabgeordnete, dazu kommen 326 Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Dieser hält allerdings sehr selten Vollsitzungen ab und kostet daher wenig.

Stegerwald'sche Verschlechterung der Krankenversicherung!

Von Franz Kohl-Wiesbaden.

Ein Entwurf eines Gesetzes über Änderung der Krankenversicherung ist dem Reichsrat vom Reichsarbeitsminister zugegangen. Soweit es vom christlich-sozialen Standpunkte aus möglich sein wird, die Abgeordneten von der geradezu katastrophalen Verschlechterung für das schaffende Volk, die in dem Gesetzentwurf enthalten sind, abzuhalten, soll Zweck dieser Zeilen sein.

Vorweg soll betont werden, daß es unbedingt notwendig wäre, bei Neuregelung der Krankenversicherung, dahingehend zu wirken, daß die gesamten Allgem. Ortskrankenkassen in Reichskrankenkassen umgewandelt werden müßten. Alle Deutschen ohne Unterschied des Standes müßten dieser Reichskasse angehören. Der Beitrag wäre je nach Einkommen zu staffeln. Sämtliche Ersatz- und Betriebskrankenkassen müßten aufgehoben und der Reichskasse zugeführt werden.

Die **Leistung** der Reichskrankenkasse an die Mitglieder dürfte **nur einheitlich** erfolgen. Jeder Mensch müßte dem göttlichen Gesetz gemäß behandelt werden; d. h. daß nichts unversucht bleibt, ein gesundes Volk zu erhalten.

Dazu müßten wir verlangen: Freie Arztwahl; Zulassung der Natur- und Heilärzte, Zahndentisten etc., soweit dieselben staatlich geprüft sind. Freie Arznei, Heil- und Stärkungsmittel; Kuraufenthalt, soweit dies ärztlich und evtl. vertrauensärztlich begutachtet wird; einheitliche Krankenhauspflege. Abschafung aller Klassenregelung im Krankheitsfalle. Personen, die trotz Versicherung die Kasse nicht in Anspruch nehmen, haben keinerlei Anspruch auf Entschädigung im Krankheitsfalle. Die Beitragsleistung müßte je nach Einkommen gestaffelt sein; bei Erwerbslosen hätte die Beitragspflicht zu ruhen und dennoch dürften die Anrechte nicht verloren gehen. Die Kommunen haben in keinem Falle für Krankenhilfe aufzukommen, denn dafür wäre die Reichskrankenkasse. **Zu erwägen wäre überhaupt, die Invaliden-, Unfall-, Alters- und Krankenversicherung in eine Reichsversicherung einzugliedern.** Damit könnten ungeheure Verwaltungskosten eingespart werden; nutzlose Rückfragen über den vorherigen Gesundheitszustand des Versicherten unterblieben, denn über jeden einzelnen liegt der Gesundheitsbericht jederzeit vor. In der heute fortgeschrittenen Technik der Rationalisierung sollten alle Menschen vom 60. Lebensjahre ab ein sorgenloses Lebensende genießen, indem man jedem Deutschen eine Altersrente, die auskömmlich ist, sichert. In keinem Falle dürfte diese Rente in Klassen eingeteilt werden. Diese Forderungen müßen allüberall erhoben werden, von dem Gedanken ausgehend, daß jeder Mensch Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung und Existenzberechtigung hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf bringt aber in keiner Hinsicht eine Besserung, aber getreu der kapitalistischen Tradition eine wesentliche Verschlechterung, scheinbar in dem Gedanken, daß möglichst schnell die überflüssigen 20 Millionen nach dem Jenseits abwandern. So soll der Versicherte bei Lösung eines Krankenscheines schon **eine Mark** zahlen; denjenigen, die keine vier Mark pro Tag verdienen, kann die Gebühr auf die Hälfte ermäßigt und bei solchen, die über sieben Mark verdienen, auf das doppelte erhöht werden.

Die Gebühr **kann** ferner mit Zustimmung des **Oberversicherungsamtes** auf ein viertel herabgesetzt werden. (Der Herr bewahre uns vor solchem Verwaltungsbürokratismus.) Nun kommt aber noch etwas ungeheures. Jeder Kranke soll für jede Verabreichung irgend eines Medikamentes oder Heilmittels 50 Reichspfennig zahlen. Also, wenn der Kranke schon dies nicht hat, — denn bekanntlich, leidet bei Krankheit schon sowieso die ganze Familie darunter not tut, — dann soll er es mit seinen Heilmitteln bleiben lassen, dann ist er schon besser der arme Teufel — . . . stirbt. Betreffs der Beziehungen der Ärzte zu den Kranken sagt der noble Entwurf folgendes: Der Arzt darf in der Behandlung das Maß der Notwendigkeit nicht überschreiten! Da fällt mir ein Fall von Seelbach (Baden) ein, wo der Vertrauensarzt einen Patienten gesund schrieb, also arbeitsfähig, und als der Gesundheitsschein an die Firma kam, da war der Patient bereits verstorben. So ähnlich wird nach dem Dafürhalten der neuen Anordnung das Verfahren sein, das die Ärzte gegenüber dem schaffenden Volke anwenden sollen. Der Arzt hat nämlich alle Heil- und Stärkemittel auch abzulehnen, sofern die Kasse (welche Kasse ist heute tragfähig) dazu nicht wirtschaftlich in der Lage ist. Der Arzt soll die Kassen vor Ausgaben so weit bewahren, als die Natur seiner Dienstleistung es zuläßt — Höher geht es eben nimmer, die Behandlung der Proletarierkranken herabzudrücken. Welcher Arzt wird in Zukunft noch Kassenmitglieder **gewissenhaft** behandeln? Die Verordnung sagt nämlich, daß die Ärzte der Kasse den Schaden zu tragen haben, sofern sie die notwendige Sorgfalt außer acht lassen; d. h. mit anderen Worten, wenn die Vertrauensärzte die Medikamente nicht für notwendig erachten, dann wird man die Ärzte zu Rechenschaft ziehen.

Einen Hauptausschuß für Krankenversicherung können die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden, um einheitliche Richtlinien zu schaffen. So wird das Bild in allen Bezirken verschieden ausfallen, und es wird ein Zustand geschaffen, der in den 10 und mehr tausend Kassen die alle ihre Einzelverwaltung haben, auch 10 tausendfach zu Ungunsten der Schaffenden ausfallen wird.

Der ganze Gesetzentwurf erweckt den Anschein, daß der Reichsarbeitsminister wirklich einmal bemüht war, einem unzählbaren Verwaltungs- und Beamtenapparat in Krankenkassen, Versicherungs- u. Oberversicherungsämtern Arbeit zu schaffen. Wir bedauern den Reichsarbeitsminister, wenn er keine besseren Entwürfe und keine bessere Arbeit schaffen kann.

Für uns als Christlich-Soziale gilt es aber, in allen Orten und Städten, in allen Betrieben gegen dieses neue Schand-

Katastrophale Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftskrise und Finanznot.

(1. Fortsetzung.)

Der Youngplan ist das geschickteste Werk der internationalen Hochfinanz. Unter dem Deckmantel der Reparationen hat diese mit der Gründung der „Bank für internationale Zahlungen" (B.I.Z.) ihre internationale Vertrustung vollzogen, deren Zeit sie nach dem Stahltrust, Chemietrust usw. gekommen sah. Sie ist gewissermaßen die Krönung der Welttrustbewegung, und hat in Verbindung mit der Goldwährung einen Einfluß auf die Weltwirtschaft und auch die Volkswirtschaft der einzelnen Staaten, von der sich die Mehrzahl auch unserer Politiker und Staatsmänner heute wohl kaum schon einen Begriff machen. War im Dawesplan noch die Sicherungsklausel enthalten, daß die deutsche Regierung wie auch die Reparationskommission vom Jahre 1928 ab eine Abänderung der deutschen Verpflichtungen verlangen können, wenn die Kaufkraft des Goldes sich um mehr als 10 Prozent geändert habe, so ist diese Klausel im Youngplan nicht mehr enthalten. Zwar können wir ihn kündigen, das aber könnte nur geschehen, wenn man dieselben Begleitumstände wirtschaftlicher Art herbeiführen würde wie seit 1928, d. h. eine Wirtschaftskrise, um damit wiederum unseren Gegnern zu beweisen, daß wir nicht zahlen können. Ob dann wohl drei Millionen Arbeitslose genügen würden zu diesem Beweise? — Was das Fehlen der Sicherungsklausel aber bedeutet, können wir jetzt bereits feststellen. In Deutschland macht man in Preisabbau mit der Begründung, daß die Weltwarenpreise sinken. Das bedeutet nichts anderes, als eine Steigerung der „Kaufkraft des Goldes". Da die Reparationen nach Goldeinheiten bezahlt werden müssen, bedeutet das nichts anderes als eine Erhöhung der Reparationsleistungen, wenn auch einstweilen noch nicht in bedeutendem Maße. Das aber alles nahm man willig aus den Händen der internationalen Hochfinanz und ihrer deutschen Befürworter und Vertreter entgegen.

Eines der Hauptargumente der Befürworter des Youngplanes war der Hinweis auf die finanzielle Entlastung, die gegenüber dem Dawesplan für das Jahr 1929/30 500 Millionen ausmache, die man dann zur Entlastung des Etats und zu Steuersenkungen benutzen könne. Wenn man heute auf das Finanzgebaren des Reiches und der Finanzminister zurückschaut, dann muß man zu dem Eindruck kommen, daß man von diesen 500 Millionen in Bezug auf den Reichshaushalt wohl alles Heil erwartet hatte, denn sonst hätte man nicht im vergangenen Etatsjahr, als Herrn Hilferding bereits das Wasser bis an die Kehle stand, verabsäumt, wesentliche Ersparnisse zu machen und der unverantwortlichen Bewilligungsfreudigkeit der letzten Jahre (Heeresetat, unsoziale Beamtenbesoldung, Riesenpensionen usw.) durch energische Abstriche Einhalt zu gebieten. Inzwischen hatte die einjährige Wirtschaftskrise bereits ihre Wirkung getan. Millionen von Arbeitslosen bevölkerten die deutschen Straßen, die Arbeitslosenversicherung, diesem Ansturm nicht gewachsen, wuchs nur so in ihre Millionendefizite hinein. Die exaktesten Berechnungen, die der Gründung dieses „letzten Werkes der deutschen Sozialpolitik" zugrunde lagen, waren durch die „Reparationskrise" über den Haufen geworfen. Daß bei einer solchen Wirtschaftskrise von so ungeheuerlichem Umfange die Steuereingänge weit unter ihrem Voranschlag zurückbleiben müssen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Daß ein Volk mit Millionen von Arbeitslosen und einer in furchtbarste Krise getriebenen Wirtschaft keinen Verwaltungsapparat von über 20 Milliarden jährlich tragen kann, sollte eben so selbstverständlich sein.

Als unter dem Druck dieser katastrophalen Entwicklung das Kabinett Müller den Weg des Herrn Hilferding gehen mußte, fiel sein Erbe dem Reichskanzler Brüning zu, der Regierung mit dem „Willen zur politischen Führung". Eines darf man Herrn Brüning unumwunden zugestehen: Mehr Tatkraft als sein Vorgänger sie entwickelte, der schließlich nur noch ein Spielball der Fraktionen war. Nur daß sich die Tatkraft nach der verkehrten Seite auswirkte, nämlich zu ungeheurer Belastung des schaffenden Volkes. Statt Steuerermäßigung Neubelastung durch die Erhöhung der Massensteuern und der Zölle. (Über die Einzelheiten ist in diesem Blatt schon in früheren Artikeln genügend gesagt worden.) Daß dabei auch dem Großagrariertum endlich der gerechte Ausgleich für das Millionengeschenk der Ruhr-Industriellen 1923 in Form einer „Osthilfe" von etwa 500 Millionen gegeben werden sollte, sei nebenbei erwähnt.

Das Entscheidende der heutigen Situation ist aber, daß endlich auch unsere Staatsmänner einmal einen praktischen Unterricht erhalten darüber, daß Steueren und Lasten eine Grenze haben und, daß man aus einer dem Leerlauf zustrebenden Wirtschaft nicht beliebige Steuermengen herausquetschen kann. Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Rede, die Herr Moldenhauer Anfang Juni im Reichsrat gehalten hat, in welcher er die Bilanz der Steuerpolitik vom April zieht, ein Ergebnis, das einfach vernichtend ist. Sämtliche Steuern mit Ausnahme der Lohnsteuer sind im April ganz wesentlich hinter den Voranschlägen zurückgeblieben. Die Einnahmen allein im April sind um 47,55 Millionen unter den Voranschlägen geblieben. Davon entfallen auf die Besitz- und Verkehrssteuern 23,2 Millionen, auf die Zölle und Verbrauchssteuern 26,25 Millionen. (Den Ausgleich bilden die Mehreinnahmen der Lohnsteuer.) Der Fehlbetrag aus 1926—1928 beträgt 904,5 Millionen. Der Anleihebedarf am Ende des Rechnungsjahres 1929 betrug 818,7 Millionen. Am 6. Juni haben der Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Reichsfinanzminister Moldenhauer ihr Programm vor der Presse erläutert. Dabei stellte sich heraus, daß der Gesamtbedarf zur Finanzierung der Defizite sich auf zwei Milliarden beläuft. Davon will man hereinholen durch:

1. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3½ auf 4½ Prozent 220 Millionen.
2. Ersparnis bei der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen.
3. Notopfer, Zuschlag für die Ledigen und Aufsichtsratstantiemen 350 Millionen.
4. Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn 100 Millionen.
5. Änderung der Zahlungstermine der Zigarettensteuer 50 Millionen.
6. Einsparungen am Reichshaushalt 15 Millionen.

Die volksfeindliche Tendenz dieser Maßnahmnn ist natürlich sofort ersichtlich. Die Beitragserhöhung belastet die Arbeitenden, die Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung werden vielfach die Gemeinden durch Erhöhung ihrer Wohlfahrtslasten zu tragen haben. Und das Bezeichnendste der ganzen Aktion ist, daß man ganze 15 Millionen am 11 Milliardenetat zu sparen vermag. Diese Summen ergeben, wenn sie wirklich einkommen, einen Betrag von 850 Millionen. Es bleibt ein Defizit von 1150 Millionen, das durch Anleihen gedeckt werden soll. Diese Anleihen können natürlich nur Auslandsanleihen sein und die wird der deutsche Kapitalismus gern gewähren. In der eben erwähnten Reichsratssitzung mußte nämlich Herr Moldenhauer feststellen, daß sich in die Schweiz etwa 7½ bis 8 Milliarden deutschen Kapital „geflüchtet" hätten, und nach Holland etwa 2,3 Milliarden. Natürlich können diese Länder, bzw. ihre Großbanken diese Summen nicht im eigenen Lande investieren, sondern sie kommen als Auslandsgelder nach Deutschland zurück, aber so verteuert, daß die Schweizer Banken ein Bombengeschäft damit machen. Soweit die Feststellungen Moldenhauers.

Und nun folgte der einstweilen letzte Akt dieses Trauerspiels deutscher Finanz- und Wirtschaftspolitik, in dessen Entwickelung wir noch stehen. Die erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen des Youngplans nach der Seite der Belebung der Wirtschaft blieben aus. Der Frühsommer, sonst eine Belebung der Wirtschaft, brachte ein ungeheures Anschwellen der Arbeitslosenziffern und einen weiteren Niedergang innerhalb der Gesamtwirtschaft. Und das trotz der Zinssenkung der Reichsmark auf 4½, neuerdings sogar auf 4 Prozent. Dementsprechend müßte der Privatdiskont höchstens 5 bis 6 Prozent betragen, das würde aber eine ungeheure Ankurbelung der Wirtschaft bedeuten. Aber das Organ der deutschen Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung" schrieb jüngst: „Die Reichsbank dürfte mit dieser Maßnahme vorläufig isoliert dastehen"! Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das deutsche Kapital streikt und eine Belebung der Wirtschaft vorläufig nicht will und das aus sehr durchsichtigen Gründen. Nicht umsonst hat man 10 Milliarden ins Ausland geschafft, um den Geld- und Kapitalmangel in Deutschland aufrecht zu erhalten, zur Rettung des Zinses und zur Steuerflucht. Hier kommt der ganze Fluch der Goldwährung über uns, der es uns verbietet, von seiten des Reichswährungsinstitutes (das unsere Reichsbank sein müßte, aber nicht ist) der Volkswirtschaft auf Grundlage einer anderen Währung das notwendige Geld zuzuführen, damit dem Zinswucher ein Ende gemacht und der Wirtschaft neuer Antrieb gegeben würde. Nein, der deutsche Kapitalismus hält seine Stunde für gekommen, um die Krise zum Schlage gegen die Schaffenden auszunutzen, erst seine sozialen und wirtschaftlichen Abbauforderungen durchzusetzen.

Die letzte Zuflucht zur Rettung aus der Krise soll nunmehr der Preisabbau bieten. Preisabbau auf der ganzen Linie ist der Ruf von den Gewerkschaften bis zu den Unternehmerverbänden. Es war unschwer vorauszusehen, welche Folgen diese Aktion für die gesamte Wirtschaft, insbesondere aber die Arbeiterschaft haben muß. Wäre die Wirtschaftskrise nicht dagewesen, sie wäre gekommen durch das Geschrei nach dem Preisabbau. So aber muß sich die Lage verschärfen, die Arbeitslosenzahl steigen und die Katastrophe näherrücken. Es war ganz klar, daß dieser Preisabbau, den man teilweise auch von den Gewerkschaften forderte, und der bei der Urproduktion anfangen sollte, die Arbeitslöhne treffen mußte, weil sie der einzig labile Faktor der Preiskalkulation sind, an den man herankann. Die Dividende schmälern? Um Gottes willen, dann würde die Kapitalflucht zunehmen, der Kapitalismus streiken, die Werke wegen Unrentabilität geschlossen werden. Eisernes Gesetz des Kapitalismus, daß die Rente gesichert sein muß, Zins und Dividende sind ihm heilig. An den Steuern läßt sich nicht rütteln, will Vater Staat doch noch mehr haben, weil er nicht auskommt. Die sozialen Abgaben stehen fest, werden eher erhöht (Arbeitslosenversicherung) als ermäßigt. Die Geschäftsunkosten sind vielfach durch straffe Rationalisierung auf ein Minimum der früheren Höhe herabgedrückt (schon der Dividende wegen). Bleibt als letzter Faktor zum Preisabbau die Ermäßigung der Löhne. Wenn darum der Reichsarbeitsminister und die Gewerkschaften auf dem Standpunkt stehen, Preisabbau kann uns retten und (wie Stegerwald) „wir müssen alles tun, um die Kapitalflucht zu verhindern" (d. h. wir dürfen dem Besitz keine neuen Steuern und Abgaben auferlegen, sondern müssen die Kapitalsteuern abbauen, woran ja Moldenhauer scheiterte), dann ist die Politik der letzten Monate nur die Folge dieser Einstellung. Dann muß man die Steuern auf die Massen abwälzen und den Preisabbau auf die Arbeitslöhne.

(Fortsetzung folgt.)

Vier von der Infanterie.

Von Ernst Johannsen.

Copyrigth 1929 by Packelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf.

(Schluß.)

Vor ihnen liegen tote und verwundete Franzosen in einem Granatloch. Rechts und links ist alles überrannt. Die zweite Welle rollt heran. Job wirft die letzte Handgranate. Da taucht von rückwärts ein langer Neger auf, reißt seine Handgranate ab, grinst und schleudert sie, bevor die zweite Welle heran ist, in den Trichter. Sie liegt drei Sekunden bei ihnen. Sie starren sie an, wie lang sind drei Sekunden. Job bückt sich, will die Handgranate herauswerfen, er hält sie — der Student kriecht zusammen. Zu spät, in Jobs Händen explodiert sie. Er ist sofort tot. Der Student schreit auf, wälzt sich herum, starrt in den Himmel, starrt in die Fratze des Negers, der am Rande des Trichters vornübergebeugt ihm ins Gesicht sieht. Er schließt die Augen. Der Tod, ja, das ist der Tod.

Die zweite Welle flutet vorüber, der Neger läuft mit.

Tröste dich, kleine Mutter. Millionen — Millionen ... Was tut sie jetzt? Kocht sie einen dünnen Kaffee? Leben, Sterben, Gestorbensein — wie seltsam alles, wie rätselhaft. Die Augen auf, da ist der Himmel, ja der Himmel. Mein kleines Reh, sieh — nun ist es doch aus, alle deine Gebete sind verraucht wie tausende. Weißt du, er versteht kein Wort der Menschensprachen, der da oben, an den du glaubst.

Seine Lippen bewegen sich. Wie matt das Licht wird. Keine Schmerzen, das ist gut — vielleicht? — nein das ist der Tod. Was sind das für Bilder, was wollte man eben noch denken ... läuten Glocken?

Letzte Zuckungen, der Student ist tot. Weit schaut er in die Unendlichkeit des Himmels. Eine Hand ruht in ergebener Gebärde auf Jobs Infanteriestiefel.

Die schwarzen Wolken eines Flammenwerfers fahren hoch. In einen tiefen Unterstand, den die Besatzung nicht rechtzeitig verlassen hat, zischt brennendes Öl. Schreie ersticken in Feuer, Qualm und Handgranaten. Die erste Welle bleibt liegen, die zweite und dritte dringt weiter vor. Sie erreichen die Geschützstellungen, fluten darüber hin, dringen ins Hintergelände ein. Gefangene wandern gruppenweise. Deutsche Flieger rasen tief über die eingedrückte Front. Die lebendige Mauer hat eine große, tiefe Wunde. Was wird geschehen? Schon flüchtet die erste Etappe, auf allen Straßen flutet es zurück. Da geht deutsche Reserve vor; Geschütze fahren in wilder Hast auf. Die Front steht. Im Gegenstoß wird die Geschützstellung wieder erreicht. Der Tag tobt sich aus. Die deutsche Linie zieht sich zwischen ehemaligen Geschützstellungen hin.

Es folgt eine ruhige Nacht, und am dämmerigen Morgen steht ein Franzose, die Pfeife im Munde, am Trichter der Zwei, nimmt einen Spaten zur Hand und schaufelt Erde und Kalkgeröll auf die Leichen. Ohne Grabzeichen liegen Job und der Student, bedeckt von einem Meter splitterdurchsetzten französischen Bodens, nebeneinander.

Lornsens Leiche wandert in ein Massengrab. Nur Müller, von den Unsern verscharrt, hat auf seinem Grab ein schnell zusammengenageltes Holzkreuz mit einem deutschen Stahlhelm als Schmuck und Zeichen. Zwei Tage später jedoch wühlt eine Granate die Leiche schon wieder frei.

★

Sie sind marschiert, die Vier, in Sonne, Regen und Wind, im Dreck der Straßen, in Eis und Schnee — durch blühendes Land, durch erstorbene Wildnis — an Tagen, in Nächten, nach Siegen und furchtbaren Verlusten. Sie kämpften und wußten nicht mehr wofür, sie starben ohne Hoffnung, ohne Trost, ihrem Schicksal stumpf ergeben.

Kein Denkmal erzählt ihre Leiden, und Worte verflattern wie Blätter im Wind. Über zehn Millionen Tote hinweg geht das Leben seinen gewohnten Gang.

Lukanga Mukara.

Pfingsten waren es zehn Jahre, wo unter den Kugeln einer blinden Soldateska, von reaktionären Meuterern geführt, einer der besten Männer eines neuen Deutschlands fiel. Hans Paasche, der „Florian Geyer" der deutschen Jugendbewegung. Sein Name und sein Andenken ist heute fast verblaßt und doch war er einer der Hauptträger jener Bewegung, die auch heute noch nicht gestorben ist in unserem Volkes der Jugendbewegung. Die Jugendbewegung, die deutsche Jugend hat heute ebenso wichtige und noch größere Aufgaben wie zur Zeit ihres Aufbruches. Sie hat heute ihre politische Aufgabe und an der ersten Stufe dieser Aufgabe findet sie das Blut Hans Paasches. Über seinen Werdegang, der vom Kapitänleutnant zum Mann des Volkes führte, wollen wir nicht viel Worte verlieren. Wichtig ist uns heute noch ein Vermächtnis Paasches und das sind die Briefe des Negers „Lukanga Mukara". Der immer wieder zu empfehlende Packelreiter-Verlag hat das Büchlein schon in Massenauflagen herausgebracht. Wir glauben mit der Veröffentlichung der Briefe eine wichtige Mission erfüllen zu müssen. Für unseren politischen Kampf ist nicht allein der Kampf um und gegen Systeme Notwendigkeit. Ebenso wichtig ist Selbsterkenntnis und Selbstkritik. Dem dienen die Briefe des Negers Lukanga Mukara. Sie sagen trotz ihrer oft lustigen Form bitterste Wahrheiten, die verstanden und auch befolgt werden wollen. Über das Ende H. Paasches ist nachstehend noch etwas gesagt, was einmal deutlich die Reaktion der Nachkriegszeit zeichnet, darüber hinaus aber auch uns viel zu sagen hat, die wir es ernst nehmen mit unserem Ziel.

„Auf der Flucht erschossen."

Hans Paasche hat immer geahnt, daß er eines gewaltsamen Todes sterben würde. Er wußte, daß man Erstling nur sein konnte um den Preis von Opfer und Entsagung: „Wenn man bedenkt, daß lange Jahrhunderte die, die es mit Volk und Menschheit wirklich ehrlich meinten, gewohnheitsmäßig gekreuzigt und verbrannt haben, — daß spätere Zeiten sie wenigstens verspottet, totgeschwiegen, ausgestoßen haben, dann fragt man sich, ob es uns Neuerern nicht eigentlich noch viel zu gut geht, wenn wir so heil davonkommen." Paasches Gesinnung galt als Verrat und Verbrechen in den Kreisen, denen er entstammte. Eine wilde Meute wurde gegen ihn entfesselt. Man denunzierte ihn, er habe Waffen versteckt, sei Kommunist und be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Faschismus und die Bauernbewegung.

Guido Miglioli. (2. Fortsetzung.)

So war die Lage der Agrarkapitalisten und der Bauern in Mitteleuropa in den ersten 7 oder 8 Nachkriegsjahren. Sie ist zum Teil verschieden von der Lage in Italien, von den Verhältnissen, die in Italien den Faschismus auf den Plan gerufen haben. In Mitteleuropa ist es der Agrarbourgeoisie gelungen, sehr rasch der Bauernbewegungen Herr zu werden, indem sie sie in die Bahnen der Agrarreform lenkte. Sie bemächtigte sich dann dieser Reform und setzte ihr die Bildung eines ländlichen Kleinbürgertums und die Zersplitterung der übrigen werktätigen Bauern zum Ziel. Sie verhöhnte jede sozialistische Theorie der Kollektivisierung und benutzte dieselbe Sozialdemokratie, um das entgegengesetzte System zu verwirklichen. Was brauchte der Agrarkapitalismus noch? Warum sollte er zum Faschismus Zuflucht nehmen? Die europäische Agrarbourgeoisie verfolgte das italienische Experiment des Faschismus mit großer Aufmerksamkeit, und bald kam der Augenblick, in dem sie sich in ihrem Kampf gegen die werktätigen Bauern vom Faschismus inspirieren ließ. Wir alle wissen, welches die Ergebnisse der Agrarreform für die übergroße Mehrheit der ländlichen Bevölkerung gewesen sind. Den landlosen Massen schlossen sich sehr bald die Reihen jener Bauern an, die zwar keine Bodenfetzen erhalten hatten, denen diese aber nicht genügten, um ihr Elend zu überwinden. Der Versuch, eine solide ländliche Kleinbourgeoisie als Schutz für den Agrarkapitalismus zu schaffen, konnte nur zu ganz geringem Teil gelingen. Das Heer der werktätigen Bauern, die die Agrarreform enttäuscht hatte, wuchs zusehends, sie wurden von neuem Kampfgeist beseelt. Hierzu kamen noch alle anderen Elemente, die in diesen letzten Jahren die landwirtschaftliche Krise beschleunigten. Der Agrarkapitalismus hat versucht, die Folgen dieser Krise auf die Massen der werktätigen Bauern abzuwälzen, deren materielle Verhältnisse dadurch noch verschlechtert wurden. Die revolutionäre Stimmung, die die Agrarbourgeoisie in Mitteleuropa durch ein System von Reformen zu verhindern suchte, wurde für sie noch verhängnisvoller als in den Nachkriegsjahren. Gleichzeitig verschärfte sich der Klassenkampf auf industriellem Gebiet und stieg die Kampfkraft des Fabrikproletariats. Es ist dies der Augenblick, in dem der europäische Agrarkapitalismus sich überzeugt, — wie dies in Italien bereits früher geschehen war, daß ihre wirtschaftliche und soziale Stellung von Grund aus bedroht ist. Die fast idyllische Zeit der Reformen ist zu Ende, und die Europäische Agrarbourgeoisie denkt an andere Verteidigungs- und Angriffsmittel. In dieser Zeit greift sie zum Faschismus. So ist es gekommen, daß der Faschismus sich rasch in fast allen Staaten Europas verbreitete und in Mitteleuropa besonders scharfe Reformen annahm. Er nahm hier nicht sofort alle Formen an, die er in Italien angenommen hatte, aber er setzte der Bourgeoisie überall die gleichen Kampfziele.

★

Indessen machte der italienische Kapitalismus eine zweite Entwickelungsperiode durch. Nachdem er alle gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern zerstört hatte, glaubte der Faschismus, den arbeitenden Massen jedes Kampfmittel genommen zu haben. Er mußte sich aber bald vom Gegenteil überzeugen. Nach der Vernichtung dieser Organisation brach der Kampf aus den Poren jedes einzelnen, — in der Fabrik, in landwirtschaftlichem Großbetrieb — wieder hervor. Andererseits war der Kapitalismus nicht im Stande, die Produktion ununterbrochen fortzusetzen und seine Beziehungen zu jedem einzelnen Arbeiter oder Landproletarier zu regeln. Daraus ergab sich für den Faschismus die Notwendigkeit, Gewerkschaften zu bilden, um in ihnen das Stadt- und Landproletariat zusammenzufassen. Hieraus entstand das System der Kollektivverträge, d. h. die der Arbeiterschaft aufgezwungenen Pflicht, sich dem joallierten Agrar- und Industriekapital zur Verfügung zu stellen. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit der Schiedsgerichte, d. h. eines Organismus, der jede Besserung des Kampfes oder der Unabhängigkeit der werktätigen Massen im Interesse des Kapitals im Keime erstickt. Hieraus ergab sich eine endlose Reihe von Gesetzen, die sich „Sozial" nennen, die aber alle nur den Zweck verfolgen, jeden Ausdruck des Widerstandes und des Kampfes des Industrie- und Agrarproletariats zu unterdrücken. Auf dem Lande war der Faschismus vor kurzem gezwungen, obligatorische Arbeitsbörsen einzurichten, denn es handelte sich darum, drei Millionen Landarbeiter fest in die Hand zu nehmen, die fast immer ohne Arbeit sind, und die mit den Gewehren der Polizei und der Schwarzhemden allein nicht diszipliniert werden können. Das is jener Teil des Faschismus, der seine Gewalt- und Terrormethoden ergänzt und den der Sozialdemokrat Albert Thomas vor kurzem so bewundert hat, als er sagte, daß keine andere Regierung eine so gute Sozialgesetzgebung hätte, wie die italienische. In Wirklichkeit ist jedes Gesetz ein neues Glied der Kette, die die Arbeitermassen fesselt und jeden Versuch einer Revolte unmöglich macht. In alten Zeiten trugen die Sklaven einen Strick um den Hals, durch den ihre Sklaverei nach außen hin gekennzeichnet war. Die Sklaverei, zu der der Faschismus die Arbeiter- u. Bauernmassen verurteilt, ist auf sozialem Gebiet dieses System von Gesetzen, dem sich auf politischen Gebiet jene Gesetze hinzugesellen, durch die man die Teilnahme der Massen an der Verwaltung der Kommunen und des Staates zum Schutze ihrer eigenen Interessen ausgeschaltet hat. Der ganze Staatsapparat und alle seine Machtmittel befinden sich in Händen der herrschenden Klasse, die über die Gesamtheit der italienischen Staatsbürger ihre Diktatur ausübt.

Den Folgen dieser Diktatur des Agrar- und Industriekapitals konnte auch jene Kategorie der ländlichen Mittelschichten nicht entrinnen, zu der die Kleinbesitzer, die kleinen Pächter, mit einem Wort die ländliche Kleinbourgeoisie gehörte. Ein Beweis dafür ist ihre ungeheure Verelendung. Auf sie hat der faschistische Staat den größten Teil der Steuerlasten und der Kosten für das „große Werk" der Urbarmachung des Bodens abgewälzt, das im Interesse vor allem der Kapitalistenklasse augenblicklich durchgeführt wird. Der Faschismus verkündete der ganzen Welt mit lauter Stimme, daß er eine Kampagne für die Erhöhung der Getreideproduktion eröffnet habe. Die drei Jahre dieser „Kampagne" waren gekennzeichnet durch ein Ansteigen der Einfuhrzölle für Getreide von 7,50 Goldlire im ersten Jahr auf 11 Goldlire im zweiten und 14 Goldlire im dritten Jahr, was für die Großproduzenten ungeheure Profite bedeutete. Die verarmten Kleinbesitzer und Kleinpächter verlangen, daß der Staat ihnen wenigstens kleine Kredite gewähre, aber nicht einmal zu Wucherzinsen finden sie das Geld, das sie so sehr brauchen.

Die ländliche Kleinbourgeoisie muß die Hoffnungen, die sie auf den Faschismus gesetzt hat, schwer bezahlen. Der italienische Agrarkapitalismus hat diese Kleinbourgeoisie ausgenutzt für die Manöver in ihrem Kampfe gegen die werktätigen Bauern, heute aber hat er für sie nichts mehr übrig. Ohne Mitleid und ohne Skrupeln führt er seine Schläge ebenso gegen die Kleinbesitzer wie gegen das gesamte Landproletariat. Hinsichtlich der Landarbeiter möchte ich einige Tatsachen aus der letzten Zeit anführen, die zeigen, in welchen Zustand der Knechtschaft der Faschismus sie geworfen hat. Seit mehreren Jahren wird in der landwirtschaftlichen Industrie Italiens die Rationalisierung durchgeführt. Der Faschismus hat dazu geführt, daß diese Rationalisierung den in der Landwirtschaft beschäftigten Männern, Frauen und Kindern den letzten Tropfen Blut aussaugt. Ihre Löhne sind bekanntlich die niedrigsten in ganz Europa. Professor Serpieri, heute Mitglied der faschistischen Regierung, hat im Jahre 1922 berechnet, daß die Löhne der Arbeiter 50,5 Prozent vom Einkommen des Grundkapitals betrugen, während derselbe Prof. Serpieri im Jahre 1929 feststellen mußte, daß dieser Anteil der Löhne auf 32 Prozent gesunken war. Der letzte Kollektivvertrag, d. h. die den auf den Reisfeldern beschäftigten Frauen aufgezwungenen Löhne sind ein vernichtender Beweis dafür, wie unerhört schlecht der italienische Bourgeoisie eine der schwierigsten und schädlichsten Arbeiten bezahlt. Aber in diesen Tagen hat der Faschismus einen noch schlimmeren Schlag gegen das Landproletariat geführt. Heute sind bekanntlich die Preise der verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte gesunken und es wird immer schwieriger, einen Absatz für sie zu finden. Bargeld ist in Italien sehr schwer zu haben, und darum ist sein Handelswert sehr gestiegen. Der italienische Faschismus führte darum das System ein, das Landproletariat nicht mehr mit Geld, sondern mit Lebensmitteln zu bezahlen. Auf diese Weise wird man einerseits die Waren los, die man nicht absetzen kann, und andererseits bezahlt man die Arbeitskraft. Was braucht der Faschismus noch, um die typischsten Formen der Hörigkeitsverhältnisse wieder aufleben zu lassen? Wieviele und welche Beispiele liefert der italienische Faschismus dem europäischen

Was bei einem Beamtenabbau berücksichtigt werden muß.

Deutschland hat 11 000 Reichsgesetze. Das Reichsgesetzblatt, das nur die Reichsgesetze veröffentlicht, umfaßt 65 000 Seiten. Dazu kommen 3 Millionen Kommentare, Landesgesetze, Gemeindeverordnungen, Polizeiverfügungen usw. Man wird also bei einer Senkung der Beamtenziffern zunächst an eine großzügige Reichs- und Verwaltungsreform denken müssen.

Lehrreiche Ziffern.

Was von den Klagen deutscher Unternehmer über die „untragbaren Soziallasten" zu halten ist, zeigt folgende Übersicht des größten amerikanischen und des größten deutschen Stahlwerkes:

Vereinigte Stahlwerke 1928/29:	United States Steel Corporation 1928:
Der Durchschnittslohn des Arbeiters und Angestellten beträgt: 2565 Mark.	Der Durchschnittslohn des Arbeiters und Angestellten beträgt: 7837 Mark.
Die Löhne machen vom Gesamtumsatz aus: 34,7 Prozent.	Die Löhne machen vom Gesamtumsatz aus: 45,3 Prozent.
Die Steuern machen vom Gesamtumsatz aus: 4,3 Prozent.	Die Steuern machen vom Gesamtumsatz aus: 5,6 Prozent.
Löhne, Steuern u. Soziallasten machen v. Gesamtumsatz aus: 42,5 Prozent.	Löhne, Steuern u. Soziallasten machen v. Gesamtumsatz aus: 51,8 Prozent.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß der große amerikanische Konzern dreimal höhere Löhne zahlt, daß der Steueranteil im Verhältnis zum Umsatz höher und der Anteil der Löhne, Steuern und Soziallasten, der wichtigsten Produktionskosten, fast um 25 Prozent über dem der deutschen Vereinigten Stahlwerke liegt.

Diese Tatsachen sind außerordentlich überraschend und zur Beleuchtung der Mentalität der deutschen Unternehmer außerordentlich lehrreich. Freilich besteht noch ein Unterschied: In dem Geschäftsbericht der United States Steel Corporation findet man kein Wort darüber, daß die Steuern, Löhne oder sozialen Lasten zu hoch wären.

100 Prozent Ueberangebot an Akademikern.

Wie die Korrespondenz der Deutschen Studenten mitteilt, ist die Zahl der Studenten von rund 730 000 im Jahre 1914 auf 1 150 000 im Jahre 1929 gestiegen.

Bedenkt man dabei, daß unser Reichsgebiet verkleinert, die Bevölkerungsziffer vermindert und die Anstellungsmöglichkeiten geringer geworden sind, so wundert man sich nicht, daß man für 1937 ein Überangebot von 325 000 Akademikern errechnet hat. Zur Verfügung stehen überhaupt nur 320 Stellen. Die Überproduktion ist demnach eine hundertprozentige.

---

reite einen bewaffneten Aufstand vor. Aber das alles wäre als Vorwand leicht zu durchschauen gewesen, doch kam dieser Vorwand einer schießwütigen haßerfüllten Soldateska sehr gelegen. Man hätte leicht feststellen können, daß Paasche ein parteiisch ungebundener Idealist war, der, allenfalls den damaligen „Unabhängigen Sozialisten" nahestehend, mit aller Kraft lediglich hinwirkte auf entschiedene Abkehr von der schwarzweißroten Kaiserherrlichkeit. Statt Waffen auf den pommerschen Gütern zu suchen, wohin sich die Gegenrevolutionäre nach dem Kapp-Putsch zurückgezogen hatten, unternahm man eine militärische Expedition gegen Paasche. Eines Tages war „Waldfrieden" von zwei Offizieren und 60 Mann, bewaffnet mit Handgranaten und Maschinengewehren, umstellt. Paasche hatte in seinem See gerade ein Bad genommen, als er von einem Gendarmen aufgefordert wurde, ins Schloß zu kommen, wo Besuch auf ihn warte. Ahnungslos begab sich Paasche, nur mit leichtem Badeanzug bekleidet, auf den Weg nach seiner Wohnung hin und wich aus, als er die Soldaten im Stahlhelm erblickte, da er keinem militärischen Willküraktzum Opfer fallen wollte. Es wurde ein regelrechtes Kesseltreiben gegen ihn veranstaltet, betörte Landknechte, die wohl nicht ahnen mochten, welch gütiger Vorgesetzter gerade Hans Paasche dem „gemeinen" Mann stets gewesen ist, gaben vier Schüsse auf ihn ab, von denen einer das Herz traf. Seine letzten Worte: „Ich bin getroffen! Ich sterbe!" So wurde Hans Paasche „auf der Flucht" erschossen, obwohl er gar nicht zu fliehen brauchte, da nicht einmal Haftbefehl vorlag. 39 Jahre ist er alt geworden. Pfingstmontag wurde er im Park seines Schlosses beigesetzt. Mehr als tausend Leute aus der ganzen Umgebung waren zusammengekommen, um dem namentlich von allen Kleinbauern verehrten Manne die letzte Ehre zu erweisen.

Waffen hat man keine bei ihm gefunden. Drei Jagdflinten, die er aus Afrika mitgebracht hatte, führte man im Triumph davon. Wehrlos ist Hans Paasche — Fluch seiner Isolierung — seinen Angreifern zum Opfer gefallen. Wie ein toller Hund ist er niedergeknallt worden. Worauf die ganze Aktion hinauslaufen sollte, offenbarte einer der Soldaten mit der harmlosen Bemerkung: „Endlich haben wir ihn. Wir hätten ihn schon an der Kreuzstraße haben können!" Wie in Gerhard Hauptmanns Drama ertönte gellend das Horn: „Heissa, heissa, er ist tot, der Florian Geyer ist tot!"

Strenge Untersuchung wurde in Aussicht gestellt. Was dabei herauskam, waren Schmähungen, mit denen man krampfhaft die Schande zu rechtfertigen suchte. Das Verfahren wurde eingestellt, das Verbrechen blieb ungesühnt, weil man die Schuldigen nicht glaubte feststellen zu können.

Als Märtyrer wird Hans Paasche lebendig bleiben in den Herzen der Jugend, die ihn schmerzerfüllt immer wieder beklagen wird, wie jäh und widersinnig dieser prächtige Mensch enden mußte. Hans Paasche wird ihr aber auch Ansporn bleiben, mit Mut und Kraft den gegnerischen Gewalten zu trotzen und gleich ihm mit dem Huttenwort zu trotzen: „Ich hab's gewagt!"

•

Lukanga Mukara

Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland.

Geschildert in Briefen Lukangs Mukaras an den König Ruoma von Kitara, gesammelt von Hans Paasche. Herausgegeben auf Veranlassung Hans Paasches von Franziskus Hähnel. (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf)

Einleitung.

Auf meiner letzten Reise nach Innerafrika besuchte ich ein unerschlossenes Land, das eine eigene, alte, von europäischer weit abweichende Kultur hat. In seiner wundersamen Abgeschlossenheit bewahrte dies Land bis in unsere Tage Zustände und Volkssitten, die zum Vergleich mit der eigenen Denkart, der eigenen „Kultur" anregen. Ich konnte mich bisher nicht entschließen, über dies Land etwas zu veröffentlichen. Schien es mir doch, als genüge eine Reise von kaum fünf Monaten in jenem Lande nicht, um auf einen ganz vorurteilsfreien Standpunkt zu kommen. Ich brachte den Eindruck mit heim, daß unerschlossene Länder und Urvölker für uns ein Segen seien, weil wir an ihnen, die alle Errungenschaften unserer Kultur nicht kennen und nicht entbehren, die unsere Vorzüge nicht haben, aber auch von unseren Fehlern und Gewohnheiten frei sind, lernen können, uns selbst besser zu erkennen. Es blieb bei mir bis jetzt im wesentlichen bei diesem Bewußtsein. Fern lag es mir noch, mit solchen Betrachtungen hervorzutreten und zur Kritik unserer Zustände aufzufordern. Da fügte es ein ungewöhnliches Ereignis, daß mir meine Aufgabe offenbar abgenommen wurde.

Ein Neger, den ich am Hofe des Königs Ruoma traf, ist meiner Anregung gefolgt und hat sich — dem Herrscher des Landes Kitara den Auftrag geben lassen, Deutschland zu bereisen. Lukanga Mukara ist wie sein Name sagt ein Mann, der von der Insel Ukara im Viktoriasee stammt. Er ist frühzeitig von der übervölkerten Insel nach der Nachbarinsel Ukerewe ausgewandert und hat dort bei den „weißen Vätern" Lesen und Schreiben gelernt. Dann ist er auf einer Reise dem Pater, den er begleitete, entlaufen und bei Ruoma, dem König von Kitara, geblieben, wo er als Dolmetscher, Erzähler und Gerichtsberater seine reichen Kenntnisse verwertete. Dort lernte ich ihn kennen.

Die Briefe des Lukanga haben einen besonderen Wert. Der fremde Mann legt an die Zustände in Deutschland seinen Maßstab. Was uns gewohnt erscheint, fällt ihm auf. Seine Beobachtungsgabe und die Nacktheit seines Urteils bringen es mit sich, daß er bedeutend über Dinge sprechen kann, denen wir selbst gar nicht unbefangen gegenüberstehen können. Hans Paasche.

•

Erster Brief.

Berlin, den 1. Mai 1912.

Omukama! Großer und einziger König!

Ich schreibe Dir als Dein gehorsamer Diener, den Du ausandtest zu sehen ob es einen König gebe, der Dir gleiche und ob ein Land sei das, von Menschen bewohnt, den Menschen mehr zu bieten habe als Dein Land Kitara, das Land der langhörnigen Rinder.

Laß mich die Antwort auf diese Fragen gleich vorwegnehmen: es gibt kein solches Land, es gibt keinen solchen König.

Was ich auf meiner weiten Reise sah, ist aber wert, daß Du es wissest, und wenn ich gesund heimkehre, kann ich es Dir auch selbst erzählen, und Du erfährst es dann genauer, als wenn Dir Ibrahimu, der Mann von der Küste, meinen Brief alleine, und, wenn es Dein Wille ist, noch öfter im Kreise Deiner Wakungu*) vorliest.

Als Du mir zu reisen befahlst und mir aus Deinem weiten Reich zwölfhundert marschfähige Rinder und zweitausend Ziegen mitgabst damit ich bezahlen könne, was meine Reise im fremden Lande koste

*) Zum Hofdienst befohlene Adelige.

Agrarkapitalismus! Oder sagen wir besser dem Kapitalismus im allgemeinen, der in seinem entscheidenden Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmasse den Faschismus als das beste Kampfsystem betrachtet und darum dieses System anwendet.

*

Ein Teil von diesem System, der einen vorwiegend politischen Charakter trägt, ist bereits von verschiedenen Staaten angewandt worden, und wird sehr rasch auch auf andere Staaten ausgedehnt. Ich will hier nur einen kurzen Hinweis machen, denn das was ich hier meine, ist bereits vor kurzem in einer sehr wichtigen Internationalen juridischen Konferenz Gegenstand der Diskussion gewesen. Die Gesetze der italienischen Verfassung, die in Kraft waren, bevor der Faschismus ans Ruder kam, waren weder ausreichend noch geeignet für das Regime des Kampfes gegen die Arbeitermassen. Obgleich der Faschismus auf die Gesetze keine Rücksicht nahm, so war es doch notwendig, seinen Methoden und seinen Aktionen ein „legales" Gewand zu geben. So trat an die Stelle der alten Gesetzgebung eine neue, eigene Gesetzgebung, die mit Dekreten und Ausnahmegesetzen begann und schließlich mit einer vollständigen Änderung insbesondere der Strafgesetzgebung endete. So wurden die Gesetze zur „Verteidigung des Staates" geschaffen, zu denen in den letzten beiden Jahren jene Regierungen Zuflucht nahmen, die einen schweren Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmassen zu führen hatten. In Jugoslawien sind zu Beginn des vergangenen Jahres, in Deutschland eben erst Ausnahmegesetze nach faschistischem Muster angenommen worden. Diese Gesetze ergänzen die Methoden des Polizeistaates, d. h. eines Staates, der nur Willkür- u. Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeitermassen kennt, — Methoden, die besonders in solchen Staaten wie Polen, Bulgarien und Ungarn, wo der revolutionäre Vormarsch der Massen nie ganz aufgehalten werden konnte, bereits seit langem Anwendung finden.

Aber es ist für uns heute wichtiger zu erforschen, in welcher Weise der Faschismus in Europa in Erscheinung trat und wie er sich in der Landbevölkerung ausbreitete. Diese kurze Untersuchung ist umso notwendiger, als durch sie nachgewiesen wird, wie der Faschismus, wenn er sich auch in den verschiedenen Staaten auch in verschiedener Weise äußert, sich doch immer das gleiche Ziel setzt, und zwar den Kampf gegen die werktätigen Massen, die die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft des Kapitals bedroht. Ich werde mich in dieser Untersuchung vor allem auf persönliche Forschungen beschränken, die ich in den Ländern unternommen habe, in denen der Faschismus typische Formen angenommen hat.

Eines dieser Länder ist Österreich, wo die politischen Ereignisse nach dem September 1929 der Verwirklichung eines vollkommen faschistischen Regimes die Wege geebnet haben. Der äußere Ausdruck für den österreichischen Faschismus sind die „Heimwehren", d. h. jene in der Nachkriegszeit entstandene heterogene Organistion, die in Tirol einen antiitalienischen Charakter angenommen hatte, und die aus Christlich-Sozialen Österreichs bestand. (Nicht zu verwechseln mit der C.S.R.P.) In Kärnten und in der Steiermark dagegen hatte sie einen anti-jugoslawischen Charakter und bestand aus Germanophilen und Agrariern, die den Heimwehrgruppen im Burgenland eine antiungarische Stellung beibrachten. Aber im Jahre 1927 verblaßte dieses politische Ziel der Heimwehren, die von nun an anderen Zwecken dienen sollten, und zwar der Verteidigung der österreichischen Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterbewegung, die im Begriff war, sich im Mittelpunkt der österreichischen Republik, in Wien, starke Positionen zu schaffen. Die Heimwehren mußten sich das Ziel setzen, die Bauernmassen zu organisieren und sich ihrer im Kampf gegen das Stadtproletariat zu bedienen.

Der Faschismus trat darum in Österreich unter der Maske eines Verteidigers der Rechte der Bauern auf in dem Augenblick, in dem diese unter dem Drucke einer schweren Krise standen. Nach der kurzen Inflationszeit, die ihnen die Illusion eines Aufschwunges gab, gingen die kleinen Besitzer und die kleinen Pächter ihrem sicheren Ruin entgegen. Ihre Schulden, die, in Goldvaluta berechnet, schon im Jahre 1926 um 30 Proz. höher waren als in der Vorkriegszeit, stiegen im Jahre 1927 auf 50 Prozent, und die Steuerlasten, ebenfalls in Goldvaluta, waren bereits im Vergleich zu 1914 um 100 Prozent gestiegen. Die Großgrundbesitzer der Steiermark und Oberösterreich wälzten naturgemäß die Folgen dieser Krise auf ihre Landarbeiter ab. Hier versuchen die Heimwehren, der Landbevölkerung einzureden, daß die Arbeiter der Städte und ihre Parteien die Schuld an ihrer traurigen Lage tragen, weil sie der Regierung eine Politik aufzwingen, die für die Landbevölkerung nur von Schaden ist. Die Heimwehren werden von der katholischen Kirche unterstützt, die das religiöse Empfinden der Bauern gegen den Atheismus der Arbeiter aufzuputschen sucht. Die Losung der Faschisten ist der Vormarsch des gläubigen und ausgebeuteten Bauern gegen den atheistischen und ausbeutenden Arbeiter. Die Kapitalisten aber führen und finanzieren diese Kampagne in allen ihren Entwicklungsstufen.

Das ist die Form, in der der Faschismus in der kleinen österreichischen Republik auftritt, in der der Kapitalismus unter dem ständigen Druck des Industriekapitalismus stand. Auch in Italien hat der Faschismus alle demagogischen Mittel angewandt, um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Die demagogischen Mittel sind die ersten, zu denen der Faschismus zu greifen pflegt. In Italien aber offenbarte sich sehr rasch sein wahres Wesen, das Wesen des erbittertsten Feindes der werktätigen Bauern und der Arbeiterklasse. In Österreich dagegen trägt er noch heute die banale Maske des Verteidigers der Rechte der Bauern. Es ist bekannt, daß vor kurzem der österreichische Faschismus mit dem italienischen verhandelt hat, und daß er selbst die Frage der nationalen Minderheiten, auf die der italienische Faschismus stets den unerhörtesten Druck ausgeübt hat, zu vergessen sich bereit erklärt hat. Aber diese Maske der Demagogie wird er nicht mehr lange tragen. Die im Bauernbund vereinigten Bauernorganisationen, die von Seipel in die Heimwehren getrieben wurden, beginnen, sich von diesen loszulösen. In ihnen sind Richtungen im Entstehen begriffen, die die werktätigen Bauern auf den Boden des gemeinsamen Kampfes mit den Arbeitern stellen wollen. Diese Richtung wird so stark, daß sie nicht nur den österreichischen Kapitalismus, sondern auch die katholische Kirche zu beunruhigen beginnt. In einer Konferenz der Bischöfe, die vor kurzem in Wien stattgefunden hat, sprachen diese den Bannstrahl aus gegen die Bauern, die an dem Kampf gegen das kapitalistische Regime teilnehmen, denn die katholische Kirche „ist nicht der Meinung, daß die bestehende soziale und wirtschaftliche Ordnung abzulehnen sei."

(Fortsetzung folgt.)

Büdo Luxus
das altbewährte

Wer ist Gegner des christlichen Eigentumsrechtes?

Christliche Wähler, die Augen auf!

Es ist was Schönes um Grundsätze! Es ist aber erwas Schöneres um die Durchführung der Grundsätze. Geschieht das nicht, dann helfen die schönsten Grundsätze nicht. Die Führer und Presse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei behaupten nun vor dem katholischen Volke immer wieder, daß sie es sind, die allein das christliche Eigentumsrecht schützen. Die kleinen Führer und Agitatoren dieser Parteien glauben es und das Volk möchte es glauben. Ja, dieser Vorwand und dieser Glaube wird dazu mißbraucht, besonders Heller und der Christlich-Sozialen Reichspartei zu unterstellen, als seien sie Gegner des christlichen Eigentumsrechts. So soll nach dem bewährten „Halter den Dieb" das Augenmerk abgelenkt werden von den eigenen Taten, soll das Augenmerk abgelenkt werden von der Feststellung, ob die bei der Agitation vorgegebenen Grundsätze auch mit den Taten übereinstimmen. Lassen wir uns aber nicht ablenken; wir müssen immer wieder diese Vergleiche anstellen.

Wir haben schon wiederholt das der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum von jeher unangenehme Blatt „Das Bayerische Vaterland" (München) angeführt. Wir glauben recht gerne, daß dieses Blatt, obwohl es für die Bayerische Volkspartei eintritt, unangenehm ist, weil es auch hinter die Kulissen leuchtet. Es wird ja auch rechtzeitig vor den Kadi gebracht, wenn es gerade einmal nicht alles beweisen kann. Es müßte nur noch bessere Konsequenzen ziehen können. Denn das dürfte auch dem letzten Erkennenden einleuchten, daß an der BVP. „Hopfen und Malz" verloren ist. Aber in manchen Fällen hört man nichts davon, daß es vor den Kadi gebracht wird. Ein Beweis dafür, daß die Beweise gefürchtet werden. Dieses „BV." hat nun in Nr. 299 v. 27. 12. 28, also vor mehr als 7 Monaten, einen Artikel gebracht mit der Überschrift: „Marx belehrt Reichsgericht, Bischöfe und Volk". Darin wird mit dem Herrn Reichskanzler a. D. Marx eine deutliche Sprache geführt. Es werden ihm seine eigenen Reden vorgehalten, wie er da von christlichen Grundsätzen spricht, vom katholischen Boden, von Rechtsgleichheit aller Staatsbürger, von der Unantastbarkeit des Privateigentums, um ihm dann nachzuweisen, wie er gerade selbst als Gegner des christlichen Eigentums gewütet hat. Zusammenfassend wird in dem Artikel über Marx ausgeführt:

„Vergegenwärtigen wir uns nochmals kurz den ganzen Vorgang: Am 8. Januar 1924 richten die H.H. Bischöfe durch Se. Eminenz Kardinal Bertram eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler Marx, durch die sie auf die Grundsätze des Sittengesetzes bei der zu erwartenden Aufwertungsregelung aufmerksam machen. Am gleichen Tage, den 8. Januar 1924, macht der Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht auch eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler, darin die Grundsätze von Treu und Glauben für die zu erwartende Aufwertungsregelung fordernd. Am 5. September 1924 machen die H.H. Bischöfe wiederum durch Se. Eminenz Kardinal Bertram eine Eingabe um Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung und Anerkennung des Sittengesetzes, des Grundsatzes der Billigkeit und Treu und Glauben. Der Herr Reichskanzler kümmert sich nicht darum. Ja, er versucht sogar durch Schreiben vom 23. November 1925 den H.H. Bischöfen das Abwertungsrecht schmackhaft zu machen dadurch, daß die kirchlichen Institute sich besonders an der Eigentumsverletzung beteiligen dürfen, wofür aber die H.H. Bischöfe durch die Antwort Se. Em. Kardinal Bertram dankend ablehnen. Trotzdem bemüht sich Herr Reichskanzler Marx keineswegs, in seinen Freundeskreisen (Zentrum und B.V.P.) die gemachten Unklugheiten wieder gutzumachen, ja, die Parteien helfen mit den anderen Parteien sogar noch zusammen, um durch die Aufwertungsgesetze am 16. Juli 1925 das Unrecht noch zu verschlimmern.

Alles unter dem Vorwand der Staatsnotwendigkeit.

Als wenn die Abwertung der einen zu Gunsten einiger weniger im Interesse des Staates gelegen wäre.

Nun haben wir die Tatsache, daß es einige wenige Privatpersonen gibt, die ungeheuer aufgewertet wurden, die den Nutzen von dem Marx'schen Gesetzgebungsrecht einschieben und das Kapital verschieben, während es daneben eine ungeheure Menge abgewerteter, um ihr Eigentum Betrogener gibt, die als Kleinrentner die öffentliche Fürsorgehilfe brauchen, die Verwaltungskosten und Steuern verursacht; Wohnungslose, die auch auf Hilfe vom Staate warten; Arbeitslose, die arbeitslos sind, weil das Kapital verschoben wird usw. Diese Not muß verwaltet werden: etwa 90 000 Personen verwalten in Deutschland die Wohnungsnot, etwa 75 000 die Arbeitslosennot, etwa 150 000 blaue Polizisten behüten heute mehr als früher die Not. Das alles verursacht Verwaltungskosten, verursacht immer höhere Steuern, bis die Not so groß geworden ist, daß schließlich alles in der glänzenden Verwaltung der Not beschäftigt ist. Dann gibt es keine Notleidenden, keine Arbeitslosen mehr.

Wie wäre es wohl, wenn von den Herren Marx-Emminger die von den H.H. Bischöfen und dem Reichsgericht und Richterverein geforderten Grundsätze anerkannt und in der Gesetzgebung durchgeführt worden wären? Die sozialen Spannungen wären gemildert worden, manche Eigentümer könnten ohne Hilfe der Gemeinden ihr Leben fristen, das Geld wäre unter dem Volke geblieben und wäre nicht, wie Ministerpräsident Held in seiner Denkschrift sagt, in einer für das Gesamtinteresse des Volkes unzuträglichen Weise zusammengeballt worden; die Wirtschaft wäre befruchtet, so daß das Steuersaufbringen leichter wäre und die Steuern dann auch zur Tilgung der unmittelbaren Staatsschulden verwendet werden könnten.

... Marx rühmt sich selbst einer Gutmütigkeit, und daß er nur notgedrungen den starken Mann spielen mußte bei der Aufwertung, um eine Inflation hintanzuhalten. Es ist beklagenswert, daß er seine angestachelte Wildheit gerade gegen die breiten Schichten des Volkes richtete, daß er diese enteignete zu Gunsten einiger weniger „wirtschaftlich Geschulter" und dadurch den Staat und die Gemeinden erst recht belastete. Die „wirtschaftlich Geschulten" können mit ihm zufrieden sein. Die scheint's, gehören mit ihren Ansprüchen nicht zu dem Volke, das sich bescheiden muß.

Im Programm der Sozialdemokratie wird die Sozialisierung gefordert, das ist „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum". Die heutige Sozialdemokratie lebt von der Karl Marx'schen Wissenschaft. Nun hat der Herr Reichskanzler Wilhelm Marx durch seine Aufwertungsregelung einmal einen Teil des „sozialdemokratischen" Programms verwirklicht: er hat das deutsche schaffende Volk zugunsten der „wirtschaftlich Geschulten" enteignet und dadurch die Grundlage gelegt, daß die anderen, die durch sein Aufwertungsrecht noch nicht enteignet

---

da wußte niemand, daß ich schon jetzt, nach zwei Monden, kein einziges Deiner blanken Rinder mehr bei mir haben würde, und daß ich trotzdem dank Deinem Reichtum und Deiner Macht nicht Not leiden würde.

Ich habe schon am großen See der Wasukuma alle Deine Rinder und Ziegen gegen Metallstücke eingetauscht und diese Metallstücke wieder gegen ein beschriebenes Papier. Damit bin ich denn alleine weitergereist, und wo ich das Papier zeige, da bekomme ich die Münze, die ich gebrauche, um Nahrung zu kaufen. So mächtig wirkt Dein Name.

Wisse: das Land, indem ich jetzt reise, heißt Deutschland. Die Eingeborenen des Landes bezahlen nicht mit Rindern und Ziegen, auch nicht mit Glasperlen oder Kaurimuscheln oder Baumwollstoff; kleine Metallstücke und buntes Papier ist ihre Münze, und das Papier ist wertvoller als das Metall. Es gibt ein braunes Papier, das ist mehr wert als eine ganze Zahl Deiner Rinder. Es ist etwa so, als wenn man am Sabinoberge vier tragende Kühe für einen geflochtenen Grasring kaufen könnte. (Dabei weiß doch jeder Hutu (Ackerbauer), daß man für zwanzig Grasringe noch nicht soviel Brennholz bekommt, wie eine Familie gebraucht, um sich in der Regenzeit eine warme Nacht zu gönnen!) Ich glaube, Dein Gesicht zu sehen, wie Du lachst über den Unsinn, den ich Dir aus Inner-Deutschland erzähle. Aber, großer König, eins muß ich Dir jetzt immer wieder sagen: Die Eingeborenen des Landes empfinden diesen und noch viel größeren Unsinn als etwas Selbstverständliches, und sie sind so sehr daran gewöhnt, daß sie erschrecken würden, wenn es anders wäre. Ja, wenn ich ihnen sage (ich spreche die Eingeborenensprache schon ganz gut), daß wir in Kitara mit anderer Münze zahlen, dann sagen sie, was sie hätten sei besser, und fragen, ob sie kommen sollten und Dir das Bessere bringen. Sie nennen alles, was sie bringen wollen mit einem Worte „Kultur". Da aber niemand etwas Besseres bringen kann, als er hat, und da mir das, was diese „Menschen" (so nennen sie sich in vollem Ernst!) haben, nicht gefällt, so antworte ich jedesmal Du ließest „bestens danken". Das ist nämlich der Ausdruck, den sie anwenden, wenn sie sagen wollen, was in unserer Sprache heißt: „Nein ich will nicht!"

Herr der Berge. Du zürnst mir vielleicht, weil ich die hundert schnellfüßigen Boten und ihre hundert Briefbegleiter im Walde von Bukome, an der Grenze Deines Reiches zurückließ. Das mußte ich tun, wenn ich überhaupt weite Länder und Meere durcheilen und in dies Land kommen wollte. Ich mußte von dem Plan abstehen, für jeden Brief, den ich Dir schreibe, einen Boten und einen Briefbegleiter mitzunehmen. Denn man hält es hier ganz anders mit Briefen als in Deinem Lande. Bei Dir gilt es als Gesetz, das jeder kennt: es darf nur ein Brief an einem Tage in Deiner Stadt eintreffen. Diesen bringt ein Bote, und ein anderer begleitet ihn, denn einer alleine kann nicht Briefbote sein. Wenn die beiden Ruhiga überschritten haben, dann eilt ihnen die Kunde des Kommens voraus, und man weiß es bald darauf in Deiner Residenz. Und wenn sie endlich, nach Tagen, über den Hochpaß von Kibara hinabkommen, dann folgt ihnen eine vielköpfige Schar hochgewachsener Jünglinge, und die Trommler und Bläser ziehen den Abhang vor Kabares Hof hinab, ihnen entgegen.

Was bedeutet dagegen in diesem Lande ein Brief! Nichts! Und das darf uns nicht wundernehmen; denn in Deutschland gibt es Briefe, so viele wie Gras auf den Viehweiden von Mpororo. Ein einziger Bote trägt hundert Briefe auf einmal, ja jeder einzelne Mann darf Briefe bekommen, und mancher bekommt viele auf einmal. Ich sehe selten, daß jemand durch das Lesen all der Briefe zufriedener werde oder schlechter gestimmt. Und wenn er über den einen Brief traurig wird, so greift er schnell zum nächsten, über den er froh wird, und wenn er alle Briefe gelesen hat dann weiß er nicht, ob er froh oder traurig sein soll. Nur müder ist er geworden. Und umlustiger den Acker zu hacken, das Vieh zu hüten. Wenn er überhaupt Acker und Vieh zu verwalten hat.

Du siehst schon, es ist unglücklich, dieses Volk, doch laß mich heute nicht nach den Ursachen fragen. Ich will Dir auch in den nächsten Briefen nur schildern, was ich sehe und will erst viel später meine Schlüsse ziehen. Noch vieles habe ich Dir zu schreiben.

Riangombe, der über dem Feuerberge wohnt und mit Schnee seine Füße kühlt, schütze Dich und mich,

Deinen Diener

Lukanga Mukara.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

worden sind, durch die Steuern zur Unterstützung der Enteigneten auch enteignet werden. Damit der Marxismus auch einen Erfolg hat und nicht ausstirbt. Der Herr Reichskanzler Dr. Marx, jetzt a. D., redet zwar nicht mehr viel, dafür aber übt er sich im Briefschreiben an höchste kirchliche Stellen um Hilfe bei der Verhinderung der Herausstellung der Wahrheit und der Tatsachen seiner Marxisterei. Ob und wieweit ihm die höchsten kirchlichen Stellen dabei helfen, konnten wir noch nicht erfahren.

In Briefen an die Redaktion schimpfen viele Leser über die höchsten kirchlichen Stellen. Zu Unrecht. Die H.H. Bischöfe konnten nicht mehr tun, als sie bereits durch ihre Eingaben getan haben. Eine Kritik der Gesetze aber ist für die H.H. Bischöfe immer noch gefährlich. Denn noch immer existiert § 130 a des Strafgesetzbuches, der den Geistlichen in Ausübung ihres Berufes verbietet, Angelegenheiten des Staates zu kritisieren."

*

Darin ist also nicht mehr und nicht weniger behauptet und bewiesen, als daß die Herren Kammergerichtssenatspräsident Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx als Führer des Zentrums und Oberlandesgerichtsrat Reichsjustizminister a. D. Erich Emminger als Führer der Bayerischen Volkspartei, dortmals, als sie Regierung spielen durften, die christlichen Grundsätze verleugnet, sich als Gegner des christlichen Eigentumsrechtes entpuppt haben. Und trotzdem gehen diese Herren unter dem katholischen Volke hausieren als Vertreter christlicher Grundsätze, als Verteidiger des christlichen Eigentumsrechtes. Die Bauern verspüren die Folgen davon: Immer mehr kommen auf die Gant, werden zwangsversteigert; die Gewerbetreibenden verspüren die Folgen davon: immer mehr kommen in Konkurs; die Arbeiter verspüren die Folgen davon: immer größer die Arbeitslosigkeit, immer teuzer die Lebensartikel infolge der Konsumsteuern.

Und die Presse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei? Warum berichtet die denn gar nichts von dieser Verleugnung christlicher Grundsätze durch Marx und Emminger und ihrer „Führer"-Freunde? Warum berichtet sie gar nichts von diesem Volksverrat? Warum berichtet sie gar nichts von diesem Mißbrauch des Vertrauens katholischer Wähler? Wir glauben nämlich nicht, daß die katholischen Wähler noch einmal sich dazu mißbrauchen ließen, Marx und Emminger ihre Stimme zu geben, wenn sie von der Schnitzmacherei für den „Bolschewismus" durch dieselben unterrichtet würden.

Es ist etwas Schönes um Grundsätze! Es ist aber etwas Schöneres um die Durchführung der Grundsätze! Auf dieses Schönere können die an Marx und Emminger und deren „Führer"-Freunde Glaubenden noch lange warten, wenn ihnen der Gerichtsvollzieher und das Finanzamt und die Banken zum Warten Zeit lassen.

Inzwischen werden die Wartenden zum Zeitvertreib von den Führern und der Presse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei mit der Hetze gegen Heller und die CSRP. beschäftigt und unterhalten, wird gelogen, daß Heller und die CSRP. Gegner des christlichen Eigentumsrechtes seien. Während dieser Unterhaltung, während des Wartens der gutgläubigen katholischen Wähler können die Betrüger ihren Betrug in Sicherheit bringen.

Christliches Volk! Schau Dich um! Der Fuchs geht um!

An die vom Staat!

Öffentliche Anfrage. Weils eine öffentliche Sache ist und viele bewegt. Es geht im Lande um: Der Kunstdünger, der Leunasalpeter koste herzustellen 2,10 Mark für den Zentner. Verkauft wird er aber an unsere Bauern in Deutschland zu 14,00 Mark der Zentner. — Der Kalkstickstoff koste herzustellen 1,80 Mark der Zentner. Verkauft wird er zu 10,00 Mark. — Nach dem Jahresbericht der größten Kunstdüngergesellschaft hat diese an ihre 49 Aufsichtsratsmitglieder für das vergangene Jahr an jedes den Betrag von 65 000 Mark ausbezahlt. Tantieme sagen sie dafür, wäre das.

Der Kunstdünger, z. B. Leunasalpeter, würde im Auslande zu 6 Mark verkauft, während die Bauern in Deutschland 14 Mark dafür zahlen müßten. In den Grenzgebieten, z. B. Nordschleswig, holten sich die Bauern deshalb den Kunstdünger aus Dänemark, wohlverstanden: den aus Deutschland gelieferten, an ihrer Haustüre vorbeigefahrenen, am ersten dänischen Bahnhof entladenen. Was sie dann nicht selber brauchten, verkauften sie dann wieder weiter an andere Deutsche, die weiter ab wohnen von der Grenze. Weil dadurch die Absicht, den deutschen Bauern den Kunstdünger teurer zu verkaufen, vereitelt würde, müßten die Staatlichen in Deutschland Beamte anstellen, die die Grenzbewohner an besagtem Tun hindern. Die Kosten für diese Beamten müßten die Grenzbewohner aufbringen, nicht die Aufsichtsräte und dergleichen von den Kunstdüngergesellschaften. Durch Steuern. Immer noch mehr.

Daß durch solche Zustände Treu und Glauben zerstört wird, — öffentliches Ärgernis erregt wird, — Aufreizung zu Gewalttätigkeiten ist, — Landwirtschaftsminister Schieles Mühen zur Rettung der Landwirtschaft für die Katze ist, — die Landwirtschaft immer mehr ruiniert wird, das ist wohl alles schlimm, aber nicht das schlimmste, sondern: — — — Eure Republik wird dadurch gefährdet! — Was zu verhüten ist. — Weshalb um öffentliche Aufklärung des Volkes gebeten wird. Heinrich Dolle,

Kleinenberg bei Scherfede, Westfalen.

Ob man hier sparen könnte?

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Abg. v. Freytagh-Loringhoven zum Etat des Auswärtigen Amtes aus: Der Außendienst Deutschlands kostet 26 Prozent mehr als der englische und 75 Prozent mehr als der französische. Im Auswärtigen Amt in Berlin sitzen heute doppelt so viel Beamte als 1914. Die Zahl der Diplomaten auf auswärtigen Posten beträgt 192 (Frankreich: 123, England: 126). In Paris z. B. hat Deutschland 10, England 6, Italien 5. Die Gehälter sind höher als die des reichen England. Die sächlichen Ausgaben (Post usw. Kurierdienst) sind über doppelt so hoch als in Frankreich.

Die Vereinigung der Rosenfreunde im Fränkischen Gartenbau-Ver. E. V. veranstaltet auch in diesem Jahre eine Rosenausstellung und zwar vom 5.—7. Juli im Gartensaal der Residenz. Man muß es der Vereinigung der Rosenfreunde lassen, daß ihre Rosenschau eine Leistung sondergleichen ist, sind doch auch auf dieser Ausstellung wieder über 20 000 der schönsten Rosen zu sehen. Mit der Ausstellung ist ferner verbunden die Eröffnung des Rosengartens am Marienberg. (Wir verweisen unsere Leser auf das heutige Inserat.)

Aus der Bewegung.

Landesverband Bayern.

Regensburg. Am Samstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, findet unsere nächste Monatsversammlung im Schtrilingerbräustübl statt. Freund Pongratz wird vortragen: „Hat Deutschland Brot und Arbeit für alle". Dieser Vortrag dürfte für jeden Arbeiter, ob Arbeit oder Arbeitslos, von Interesse sein. Alle unsere Freunde werden gebeten, weiter Freunde mitzubringen. Kommt und hört.

Ortsgruppe München. Die Parteifreunde und Leser des NV. treffen sich am zweiten Freitag im Juli, den 11. ds. Mts. in der Gaststätte Wurzhütte, Humboldtstr. 6, zum Besuch unserer Freunde von Au und Giesing. Geistige Verbrüderung soll der Anlaß eines festen Zusammenschlusses sein.

Kreisverband Unterfranken.

Aub b. Ochsenfurt. Der Kreisverband Unterfranken hatte in Bearbeitung des Taubertales und des Ochsenfurter Gaues zu einer zweiten Bauernversammlung eingeladen, welche am Sonntag, den 29. Juni hier stattfand. Die Versammlung war überaus gut besucht von Bauern aus den ganzen umliegenden Ortschaften und nahm einen Verlauf ohne jeden Zwischenruf und Störung. Freund Heller behandelte das Thema: Bauer und Staat, Der Weg des schaffenden Volkes. Großer Beifall aller Zuhörer. Mit einem Aufruf an die Bauern, daß auch der letzte Bauer erkennen muß, wo die Ausbeutung liegt und der Wucher und daß die CSRP. hier rücksichtslos gegen diese Ausbeutung kämpft, schloß Freund Feltrin die so schön verlaufene Versammlung. Wir werden hier weiter arbeiten von Dorf zu Dorf.

Landesverband Rheinland.

Ratingen. Alle jungen Freunde der Umgegend treffen sich am Sonntag, den 6. Juli 8 Uhr morgens (wer nicht so früh kann, komme später) an der Endstation der Straßenbahn, Düsseldorferstraße. Wir wollen auch hier den reaktionären Parteien zeigen, daß wir noch da sind. Werbematerial und Flugblätter sind vorhanden. Bei guter Werbung haben wir die Aussicht, mit in den Stadtrat einziehen zu können.

Mülheim-Styrum. Am Sonntag, den 6. Juli, vormittags 10 Uhr, findet eine Versammlung der Ortsgruppe Mülheim-Styrum der christl.-soz. Reichspartei in der Wirtschaft Beek, Oberhausenerstr. (Haltestelle der Straßenbahnlinie 12 und 14) statt. Für die Tagesordnung sind zwei Punkte vorgesehen: 1. Sehr wichtige Besprechung über die kommenden Arbeiten in unserer Bewegung; 2. Vortrag. Wir bitten alle Leser des NV., sowie alle Freunde unserer Bewegung im Stadtverband Mülheim und Oberhausen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Wer es also wirklich ernst mit unserer Bewegung meint, der darf dieser Versammlung nicht fernbleiben.

Leverkusen-Opladen. Am 13. Juli finden in Leverkusen und in Opladen, verursacht durch die Eingemeindung Leverkusen-Opladen kommunale Neuwahlen statt. Wir machen alle unsere Wähler und Anhänger auf die Wichtigkeit dieser Wahlen aufmerksam und bitten um Mitarbeit bei der Wahl und um Aufklärung der Wähler. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß Freund Heller in drei öffentlichen Versammlungen sprechen wird, und zwar am 10. Juli, abends 8 Uhr, in Leverkusen, am 11. Juli in Holzhausen b. Kollbach, abends 8 Uhr, und am 12. Juli in Opladen im Saale Hohns, abends ½8 Uhr. Freunde, sorgt dafür, daß diese Versammlungen zu mächtigen Kundgebungen für unsere Partei werden. Rüttelt die Lauen und Gleichgültigen auf und macht sie auf den Ernst der Zeit aufmerksam.

Die Vorstände der Ortsgruppen Leverkusen und Opladen.

NACHRUF.

Die Ortsgruppe Kohlscheid verlor infolge einer rückischen Krankheit unseren lieben Freund

Albert Sommer.

Derselbe war seit Gründung unermüdlich für die Ziele und Ideen der Christlich-sozialen Reichspartei tätig. Er möge nun in einem besseren Jenseits ausruhen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten und seine Verdienste um die Partei zu schätzen wissen. Ortsgruppe Kohlscheid.

Der Vorstand.

Landesverband Saargebiet.

Saarbrücken. Die heute am 29. Juni hier stattgefundene Vorstandssitzung und kommunalpolitische Vertretertagung der Christlich-sozialen Reichspartei des Saargebietes faßte zur Rheinlandräumung folgende Resolution: Die CSRP. des Saargebietes sieht in der Räumung des Rheinlandes einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege zur paneuropäischen Verständigung. Sie lehnt jede billige Stimmungsmache anläßlich dieses historischen Aktes, wie es beispielsweise die schwerindustrielle und Zentrumspresse des Saargebietes in ihren etwas dick aufgetragenen Sondernummern (bes. die „S. Landeszeitung") getan hat, ab. Wir geben unserer Freude über die endgültige Befreiung deutschen Landes von fremdem militaristischen Joche als echte Deutsche ehrlichen Ausdruck. Aber wir sehen hinter diesen faszinierenden Demonstrationen einer scheinbaren Einheit des Volkes die furchtbare Tragik seiner blutigen Zerrissenheit und politischen Ohnmacht. Wir sehen hinter diesen Befreiungsfeiern und Befreiungsreden den grauen Alltag des Proletariats liegen, auf dem der brutale Ausbeuter Kapitalismus weiter mit immer steigender Intensivität seine Volk und Kultur vernichtende Peitsche schwingt. Und hier liegt die große Aufgabe des Proletariats, das seine Befreiung aus Wirtschaftsfesseln und bürgerlicher Bevormundung der Rheinlandräumung als letzte endgültige Befreiung anfügen muß. Und in diesem Sinne reichen wir Christlich-Soziale von der Saar, die wir noch auf den Tag der Entlastung von fremder Herrschaft warten, unseren Brüder und Schwestern im Reiche die Hand zur gemeinsamen Front und zum gemeinsamen Kampfe gegen jegliche Menschenvergewaltigung und gegen jegliche Annexion, wie sie zur Stunde noch im befreiten Vaterland auf Millionen von Arbeiterhänden und Eigentum lagert. Wir müssen weiterkämpfen, damit das deutsche Proletariat einmal nach der hoffentlich baldigen politischen Rückgliederung des Saargebietes seinen eigentlichen politischen Feiertag der Befreiung von seinen inneren Feinden und Schmarotzern feiern und ein wahrhaftes Vaterland sein eigen nennen kann.

Bubach. Am Sonntag, den 13. Juli findet hier nachmittags 4 Uhr eine erste öffentliche Partei- und Werbeversammlung statt. Redner: Freund Alois Schmitt. Lokal wird durch Anschlag bekanntgegeben.

Rosenhaus bei Wahlschied. Am Sonntag, den 10. August veranstaltet die Partei ein großes Familientreffen der einzelnen Ortsgruppen am hiesigen Ausflugsort, zu der heute schon alle Freunde und Gruppen eingeladen sind. Ankunft daselbst zwischen 2—3 Uhr. Wanderung. Für die weit abgelegenen Ortsgruppen sind die Bahnstationen Quierschied, Heusweiler und Illingen. Es gilt heute schon dieses Treffen, das zu einer öffentlichen Kundgebung mit Ansprache werden soll, vorzubereiten und für zahlreiche Beteiligung Sorge zu tragen. Frauen und Kinder und die Jugend sind besonders eingeladen, die das Treffen auch zu einem kleinen Kinderfest gestalten sollen. Am Abend schließt sich dann im benachbarten Holz eine öffentliche Parteiversammlung an, zu der als Redner Freund Peter Lorig-Dillingen erscheinen wird. Lokal Beck. Näheres wird noch bekanntgegeben.

CSJ. Saar. Die christlich-soziale Jugend des Saargebietes macht vom 6.—14. September ihre dritte große, gemeinsame Herbstfahrt. Vorgesehen sind die Hochvogesen mit Besuch des Hartmannsweilerkopfes, Moselwanderung von Trier abwärts oder Pfalz-Haardtgebirge. Preis in allen Fällen ungefähr 120 Franken (20 RM.). Teilnehmer entscheiden. Näheres in der „Jungen Tat". Anfragen und Anmeldungen an Rio Schneider, Wemmetsweiler.

Weltjugendlager 1930 in der Schweiz.

Das diesjährige Weltjugendlager findet vom 23.—30. August in der gastlichen Schweizer Jugendherberge „Zum Stein" bei St. Gallen statt. Zur Weiterführung der Lagerarbeit der vergangenen Jahre will es der Förderung der überinternationalen Verständigung in den Formen der Jugendbewegung dienen. Das Hauptthema des Lagers umschließt Fragen der Lebenserneuerung und Wirtschaft. Als Mitarbeiter sind Dipl.-Ärztin Anna Martens, Trogen, Univ.-Prof. Johann Ude, Graz, Univ.-Prof. Gertrud Woker, Bern, in Aussicht genommen. Neben den sachlichen Vorträgen und Aussprachen, die die Morgenstunden ausfüllen werden, sollen jeden Nachmittag Wanderungen und Ausflüge in die prächtige Schweizer Landschaft unternommen und einer sinnvollen, erholungsreichen Feiengestaltung Rechnung getragen werden. Zur Verbilligung der Hin- und Rückreise sind Gesellschaftsfahrten geplant. Anfragen über die Einzelheiten des Lagers gegen Beifügung einer Unkostengebühr von 50 Pfg. in Briefmarken an Ernestine Koch, Wiesbaden, Bertramstr. 10.

„Unter Adolf Hittler ins dritte Reich!"

Einen ganz prächtigen sachlichen, sittlich ernsten Artikel über die Hitlerbewegung bringt das Organ der CSRP.-Jugend, „Die junge Tat", in ihrer letzten Ausgabe. Möchte die Hitlerjugend die es ernst meint mit Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit wirklichem Volksaufbruch, einmal diesen Artikel lesen und Umschau halten in den eigenen Reihen und achten, daß sie nicht mißbraucht wird. Und möchten unsere jungen Freunde gerade diese Nummer der „Jungen Tat" recht zahlreich verbreiten, überall, wo lebendige Jugend lebt. Sie bringt Zielklarheit!

Wer ist Fr. W. Foerster? Aufsatzsammlung, herausgegeben von Hans Schwann, mit einem Bildnis Foersters, 84 S., eleg. broschiert 1,20 RM.

Gegenüber der nationalistischen Verleumdungsflut stellt diese Schrift die politische Haltung und Stellung dieses großen Pädagogen klar heraus, und jeder, der über den Politiker Foerster gerecht urteilen will, hat die sittliche Pflicht, sie zu lesen. Daß Foerster so viel mißverstanden und verleumdet wird, liegt oft nur daran, daß man gar nicht weiß, um was es ihm wesentlich geht. Und diese Schrift soll helfen, über das wirkliche Wollen Foersters weite Kreise aufzuklären. Es geht in ihr um Foersters große Prophetenaufgabe, Deutschland zur völligen inneren und äußeren Abkehr vom Geiste des preußisch-deutschen Militarismus, zur endgültigen moralischen Reparation seiner Mitschuld am Kriege aufzurufen, zur Verchristlichung der deutschen Politik. Und so ist die Schrift ein Dienst am Frieden der Welt. — Es sind Aufsätze darin von Hans Schwann, Dr. Carl Wick, dem Benediktiner B. Sailler, Pfr. Dr. L. Ragaz (Zürich), Heinrich Ströbel, M. d. R., General von Schönaich, Helmuth von Gerlach u. a., ferner aus dem „Berl. Tagblatt", der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", „Allgemeine Rundschau" und dem „Neuen Leben" und dem „Neuen Volk" etc. Im Anhang sind sechs grundsätzliche Stellungnahmen von Foerster abgedruckt (u. a.: Richtlinien für die Politik des europäischen Zentrallandes; mein Friedensprogramm; mein Vaterland; meine Tätigkeit als bayrischer Gesandter).

Die Orthopädische Versorgungsstelle Würzburg hält in der Zeit vom 1. Juli mit 31. Dezember 1930 ihre auswärtigen Sprechtage in den bisherigen Räumen wie folgt ab und zwar in: Bamberg am 15. Juli, 6. und 27. August, 16. September, 8. und 29. Oktober, 18. November und 10. Dezember; Coburg am 16. Juli, 17. September und 19. November; Aschaffenburg am 9. Juli, 13. August, 10. September, 15. Oktober, 12. November und 17. Dezember; Schweinfurt am 22. Juli, 19. August, 23. September, 28. Oktober 25. November und 30. Dezember. Beginn jeweils vormittags 8 Uhr.

ROSENAUSSTELLUNG

im Gartensaale der Residenz 5.–7. Juli

2 Abteilungen:

Schnittrosen-Sortimente im Treppenhaus · Bindekunst- u. Dekorations-Ausstellung im Gartensaal.

Über 20 000 Rosenblumen

Geöffnet: Samstag, 5. Juli, von 12 bis 9 Uhr abends · Sonntag u. Montag von 8 vorm. bis 9 Uhr abends. Sonntag von 11 bis 12³⁰ Paradekonzert im Hofgarten bei freiem Eintritt · Keine Preiserhöhung für die Ausstellung

Eintrittspreise:

Einzelpersonen 40 Pfg. Familienkarte 1.— RM. Schülerkarte 20 Pfg.

Vereinigung d. Rosenfreunde i. Fr. Gart. Ver. e. V.

Da werden sich Ihre Kinder freuen!

Weit unter Preis!

Ein großer Posten

Kunstseiden-Schlüpfer **1.60**

Ia. Charmeuse, maschenfeste, fehlerfreie Qualitäten, in reichem Farbensortiment, Größe 35—45 cm . . . . **zum Aussuchen,** jedes Stück ℳ

Bei allen Bar-Einkäufen **grüne Rabatt-Sparmarken**

Wilhelm Zapff
Kaiserstrasse · Ecke · Julius-Echter-Promenade
Würzburg

Farbbänder für alle Systeme und Kohlepapiere in bester Qualität, Durchschlag- und Schreibmaschinen-Papiere kaufen Sie vorteilhaft bei

Egid Müller
Schreibmaschinen und Bürobedarf
Telefon 4048 :: Neubaustraße 7

Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc. zahlt stets die höchsten Tagespreise

Franz Bauer
Innerer Graben 20.

Konsumverein für Würzburg und Umgegend e. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

Am 30. Juni endet das Geschäftsjahr. Wir bitten im Interesse einer reibungslosen flotten Geschäftsabwicklung, die gesammelten Rückvergütungsmarken sofort in den Warenabgabestellen in Rückvergütungsscheine umzutauschen, und zwar abgezählt in Beuteln zu je 50.– Mark. In den gleichen Abgabestellen erhalten die Mitglieder ein Kuvert, welches mit Namen und Mitgliedsnummer versehen, zur Ablieferung des Mitgliedsbuches und der Rückvergütungsscheine dient.

Diese Ablieferung hat bis spätestens Montag, 7. Juli 1930, zu erfolgen.

Diejenigen Mitglieder, welche mit der Rückvergütung wieder ihren

Winterbedarf an Brennmaterial

eindecken wollen, bitten wir, ihre Rückvergütungsscheine bis zum obengenannten Tag in der Zeit von 8 bis 16 Uhr direkt im Büro, Gneisenaustrasse 18, einzuliefern.

Die Geschäftsleitung.

Nach langjährig. spezialärztlicher u. praktischer Tätigkeit habe ich mich hier in den früheren Praxisräumen des Herrn Dr. Aschenbrand als

praktischer Arzt

niedergelassen.

Dr. med. Otto Mähler
Petersplatz Nr. 2
Diathermie — Elektro-Therapie — Bestrahlungen
Sprechstunden 8-11 u. 2-5 Uhr.

◄ Koks! ►

Unsere Sommerpreise:

Grobkoks	ab Werk	M. 1.80	frei Keller	M. 2.10
Nußkoks	„ „	M. 1.00	„ „	M. 1.30
Perikoks	„ „	M. 0.75	„ „	M. 1.05

Baustein-Werk
G. m. b. H.
Würzburg 7 Telefon 5487.

Maschinenfabrik Kappel A. G. Chemnitz.
Zuständige Vertretung: **Chr. Schmitt Nachf.**
Inhaber: Ph. Peiffer **Würzburg**
Fernruf 2463 Sanderstrasse 7

Danksagung.
Jedem der an
Rheumatismus, Ischias oder Gicht
leidet, teile ich gern kostenfrei mit, wie meine Frau schnell und billig kurierte. 15 Pfg. Rückporto erbeten.
Hans Müller, Oberlehrer a. D. Dresden 260 Bautzener Str. 13

Kinderwagen
Sportwagen
Peddigrohrwagen
in reichster Auswahl, neueste Modelle.

Reparaturen
aller Art, wie Dächer beziehen, flechten, in Stoff oder Ledertuch nach Wunsch. Ledertuch-Schutzdecken mit oder ohne Senker nach Maß.
Sämtliche Ersatzteile, wie Räder, Gummi, Kissen für Kinder- und Paddelbootwagen auf Lager.

M. Klüglein
Kinderwagenfabrik,
Dreikronenstr. Nr. 15,
Mainviertel, Telefon 73300

Eine trockene Wohnung durch

Rhein-Schwemmsteine

Prompte und preiswerte Lieferung von Bimsprodukten aller Art, sowie Mauersand besorgt

Parteifreund **Jean Adelfang,**
Engers a. Rhein,
Bendorferstraße 28 a.

Trinkt Chabeso!

Sodenthal, Handbuch - Zeitung
Schreiben Sie sofort an:
S. R. Z., FRANKFURT AM MAIN
Bildermarkt 20/22

KOSTENLOS

Verlangt in allen Buch- und Zeitschriftenhandlungen **„DAS NEUE VOLK“.**

Flechten

trocken oder naß werden sofort ohne Berufsstörung beseitigt. E. H. in Schöpplisdorf schreibt: „Unterzeichn. bezeugt, daß ich durch Sie von den lästigen Flechten an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in acht Tagen geheilt worden bin.“ Auskunft kostenlos.

Sanitas-Vertrieb
Zirndorf / Bayern

Bekanntmachung

Unser seitheriger Direktor, Herr Otto Beyerle scheidet unterm 30. Juni 1930 aus unserm Geschäft aus.

In unveränderter Weise wird die Milchzentrale weitergeführt.

Die Oberleitung liegt nach wie vor in den Händen der Vorstandschaft.

Auch der **technische Betrieb** wird wie **seither** von unserem langjährigen und bewährten Molkereifachmann und Betriebsleiter, der eine erstklassige Fachschulbildung genossen hat und über Erfahrungen einer 30jährigen Praxis im Molkereifach verfügt, weitergeleitet.

Die Belieferung unserer Kunden und damit der Bevölkerung Würzburgs erfolgt deshalb auch weiterhin mit nur anerkannt erstklassiger Qualitätsware.

Wir empfehlen:

hygienisch einwandfreie, tiefgekühlte, trinkfertige Konsummilch; Kinder- u. Kurmilch in Flaschen, gewonnen von unter tierärztlicher Kontrolle stehenden Kühen aus einem Mustergutshof; **Vorzugsmilch in Flaschen; Höhensonnenmilch; Dr. Axelrods Joghurt; hochprozentigen Schlagrahm; Sauerrahm; Kaffeerahm; süssen weissen Käse; frische Landeier; feinste Tee- u. Molkereibutter.**

In den nächsten Tagen bringen wir **neu:** den bereits in anderen Städten gut eingeführten, erfrischenden, nahrhaften und wohlschmeckenden

„Mauxion - Kakao - Trunk“

Milch - Zentrale Würzburg
e. G. m. b. H.
Telefon 2817 Würzburg Riemenschneiderstr. 4

Wir empfehlen
für die Einmachzeit
als besonders preiswert:

Hutzucker bei ganzen Hütten v. ca. 12 Pfd., Pfd.	36
Einmach-Essig . . . . . Ltr.	28 ₰
Wein-Essig . . . . . Ltr.	48
Essig-Essenz hell und dunkel . Fl.	70 ₰
Salizyl-Papier Rolle mit 2 Bogen .	15 ₰
Einmach-Hülfe . . . . . Bd.	7 ₰
Gelatine Beutel mit 6 Blatt	15 ₰
Einmach-Gewürz . . . . Beutel	15 ₰
Opekta das ideale Einmachmittel, Fl.	95 ₰

Neue gelbe Kartoffeln
10 Pfd. . . . . 88 ₰
Tomaten Pfd. . . . . 28 ₰

5 % Rückvergütung

Kupsch & Co
Filialen in Würzburg und auswärts